VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr.49 Februar/März 1981 80 Pfg. Solidaritätspreis DM 1,20

Tarifrunde 1981:

DEN LEBENSSTANDARD ERHALTEN!

Gewerkschaftsführung darf nicht nachgeben!

Die vorige Tarifrunde brachte eine Brutto-Lohnerhöhung von 6,8%. Das sind maximal 3,5% netto gewesen. Stellt man dem die offizielle Teuerungsrate von rund 6% gegenüber, dann hat die Tarifrunde 80 keinerlei reale Einkommenserhöhung gebracht. Betrachtet man die Zahlen, dieser Berechnung der Teuerungsrate zugrunde liegen, erkennt man, daß zum Beispiel die Kosten für Autos und Energie in dem sogenannten "Warenkorb" (Zusammenstellung der Konsumgüter, deren Preise der Statistik zugrunde liegen) zu gering angesetzt worden sind. Wenn wir jedoch das amerikanische Berechnungssystem zugrunde legen, das die Warenkörbe den Verbraucherwünschen anpaßt, hätten wir bei uns eine Teuerungsrate von 12% (Wirtschaftsmagazin "Plusminus" vom 27.6.80). Dieses ergäbe dann für 1980 eine Reallohnsenkung von ca. 8,5%!

Die Verringerung des Einkommens hat in den letzten zwei Jahren zur Senkung des Lebensstandards geführt. "Viele Kollegen in unserer Firma versuchen jetzt mit verstärkten Überstunden, den Lebensstandard zu erhalten" (ein Betriebsrat aus der Metall-Industrie). Daß die Zahl der Überstunden gestiegen ist, macht klar, daß die letzten Tarifrunden nicht zu einer Erhaltung des Lebensstandards geführt haben, geschweige denn zu einer Steigerung - auch wenn es die Unternehmer anders behaupten. Die Kollegen versuchen zuerst durch individuelle Sparmaßnahmen eine Sicherung des Lebensstandards zu erreichen. So haben im letzten Jahr Selbsthilfemaßnahmen wie die Errichtung von Fahrgemeinschaften, private Reparaturhilfe und Handel mit gebrauchten Auto-Ersatzteilen erheblich zugenommen.

Da solche Sparmaßnahmen teilweise nicht ausreichten, wurden auch Kürzungen bei der Freizeitgestaltung durchgeführt. So wurden Kurzausflüge und Urlaubsreisen aus Kostengründen gestrichen, um mit dem Geld Bekleidung und Heizmaterial für den Winter einzukaufen.

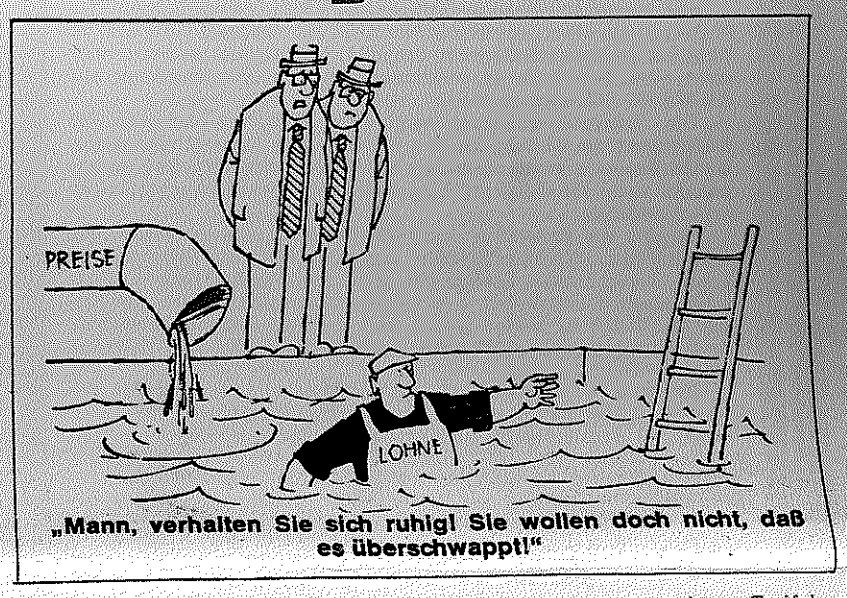
Unter diesem Vorzeichen hat sich innerhalb der Betriebe eine Stimmung entwickelt, die erkennen läßt, daß die Kollegen während der Tarifrunde entschlossener für ihre Rechte eintreten. Denn selbst nichtorganisierte Kollegen, die sich vorher nicht in dieser Form engagiert haben, nehmen in dieser Tarifrunde verstärkt an der Diskussion über die Forderung der Gewerkschaft teil. Dieses Interesse ist zum großen Teil dadurch zu erklären, daß die Unternehmer in dieser Situation keinen großen Spielraum mehr für individuelle Lohnforderungen einzelner Arbeiter anbieten, wie sie bisher noch möglich und üblich waren. Gerade dies hat uns das Jahr 1980 gezeigt. Ebenso ist im übertariflichen Bereich eingespart worden. Dadurch wird auch manchen Nichtorganisierten bewußt, daß sie nur geschlossen ihre Forderungen durchsetzen können. Diese allgemeine Stimmung hat dazu geführt, daß die Gewerkschaftsmitglieder bei der Aufstellung der Forderungen mehr mitreden wollen.

Das spiegelt sich auch in dem Beschluß des Berliner Gewerkschaftstages der IG Metall im September 1980 wider, der aussagt, daß die tarifpolitischen Forderungen erst in den Bezirken diskutiert und abgeklärt werden und danach an den Vorstand zur Koordination weitergereicht werden. Dies ist ein begrüßenswerter erster Versuch, zu verhindern, daß die Basis von der Gewerkschaftsführung in ähnlicher Form wie 1978/79 beim Stahlstreik oder 1980 in Hessen (als der Tarifabschluß trotz Ablehnung durch die Tarifkommission vom Hauptvorstand angenommen wurde) vor vollendete Tatsachen gestellt wird.Es ist allgemein bemerkbar, daß die Kollegen der gewerkschaftlichen Entwicklung wesentlich realistischer gegenüberstehen, als es in den vergangenen Jahren üblich war.

Allerdings haben die Arbeitgeber auch Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Zumal sie bei der diesjährigen Tarifrunde durch die wirtschaftliche Lage bemüht sind, die Abschlüsse so gering wie möglich zu halten, um somit auf Kosten der Arbeitnehmer doch noch höheren Gewinn zu machen.

So hat der Arbeitgeberverband schon im Frühjahr 1980 eine Kommission gegründet, die die Aufgabe hat, die Angebote der Arbeitgeber zentral zu koordinieren und dafür zu sorgen, daß die Unternehmerseite eine geschlossene Mauer gegenüber den Forderungen der Gewerkschaft aufbaut und im Vorfeld der Tarifverhandlungen die Positionen der Unternehmer absichert.

Die Unternehmer versuchen, die Arbeiter und Angestellten einzuschüchtern und sie zu einer weiteren Verringerung des Lebenstandards zu zwingen mit dem



„Mann, verhalten Sie sich ruhig! Sie wollen doch nicht, daß es überschwappt!"

Ziel, die wirtschaftliche Fehlentwicklung den Arbeitnehmern in die Schuhe zu schieben und so auf Kosten der Arbeitnehmer und der Mittelschicht erhöhte Profite zu erwirtschaften. Auch wenn die Arbeitgeber es diesmal verstanden, taktisch wesentlich klüger vorzugehen als sonst, ist es zu bezweifeln, ob sich die Arbeitnehmer einschüchtern lassen. Denn zum Beispiel die Drohung mit der Arbeitslosigkeit ("Hohe Tarifabschlüsse = hohe Arbeitslosigkeit") haben ihre Wirksamkeit verloren, nachdem in den letzten 4-5 Jahren geringe Tarifabschlüsse erzielt wurden und die Arbeitslosenzahl doch gestiegen ist. Die Position des DGB demgegenüber kann nur sein, sich massiv für eine Reallohnerhöhung einzusetzen, damit die Senkung des Lebensstandards der letzten Jahre ausgeglichen wird und endlich wieder einmal eine Steigerung des Lebensstandards erreicht wird.

Fortsetzung auf S. 8

Bundesregierung betreibt Kürzungspolitik

Was Arbeiter zu erwarten haben

Dem SPD-Wahlhelfer Franz-Josef Strauß war es zu verdanken, daß es im Verlauf des Bundestagswahlkampfes zu einigen Neueintritten in die SPD kam. Doch spätestens nachdem Helmut Schmidt seine Regierungserklärung abgab, waren viele dieser neuen Mitglieder enttäuscht und traten wieder aus. Enttäuscht waren auch viele SPD-Wähler. Für sie stellte die SPD sowieso nur das kleinere Übel gegenüber Franz-Josef Strauß dar; die Erwartungen in sie waren nicht hoch. Doch der vorläufige Sympathietiefpunkt sollte erst mit der Regierungserklärung erreicht werden. Hieß es noch im SPD-Wahlprogramm "Sicherheit für die Menschen in unserem Land gibt es nur durch die Festigung des sozialen Netzes, durch mehr Teilhabe und Gleichberechtigung, nicht durch den Abbau sozialer Gerechtigkeit", so kam es in der Regierungserklärung nur zu einem Abgesang auf diese Programmpunkte. Die Kürzungen, die massivsten seit Bestehen der BRD, wurden durch einige nichtssagende sozialpolitische Floskeln garniert: die "Humanisierung der Arbeitswelt" soll weitergeführt werden, An der Mitbestimmung solle auch nicht gerüttelt werden. Ziel der Regierung bleibe die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung.

In Anbetracht der aktuellen Zahlen über die Wirtschaftsentwicklung der 80er Jahre können diese Ziele nur ins Reich der Wunschträume verwiesen werden. Solange die SPD nicht durch grundlegende Veränderung des Wirtschaftssystems die Reformpolitik langfristig absichert, wird diese immer wie-

„Wir müssen leider fünf Zentimeter kürzen; welches Messer wäre Ihnen lieber?"

der durch Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Frage gestellt werden. So schlugen denn auch die bisherigen Versuche fehl, den Aufschwung herbeizuführen, ohne die Privatwirtschaft grundlegend zu anzutasten: Das "Programm des stabilitätsgerechten Aufschwungs" vom Dezember 1974, das "Programm zur Förderung der Bauinvestitionen" vom August 1975, das "Sonderprogramm für längerfristig Arbeitslose" vom November 1976 und das "12-Milliarden-Programm zur Förderung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum" vom Juli 1978. Alle diese Programme hielten nicht, was sich ihre Planer von ihnen versprochen hatten. Der Aufschwung fand nicht statt. Der Wohnungsbau liegt darnieder: es fehlen weit über 1 Millionen Wohnungen. Trotzdem wurden 1,5 Mrd. DM für den sozialen Wohnungsbau gestrichen. Die Arbeitslosenzahl liegt wieder bei über 1 Million - bei steigender Tendenz! Die bisherigen politischen Ansätze der Genossen in Bonn scheinen in Krisenzeiten untauglich zu sein und nicht zu greifen.

Trotz der sich abzeichnenden Misere möchten unsere Spitzengenossen nicht das Übel bei der Wurzel packen. Vielmehr fährt man jetzt einen Kurs zwischen Staatsverschuldung und Kürzungspolitik:

* Die Unterstützung der Sparkassen und der Sparförderung soll abgebaut werden. Dies trifft vor allem den kleinen Mann.
* Es wird, zuzüglich zu den schon regelmäßig stattfindenden Ölpreiserhöhungen, eine Steuererhöhung für Benzin und Diesel geben. Das Tanken wird somit noch teurer!
* Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern sollen abgebaut werden. Dies bedeutet langfristig weniger Schulen, Altenheime, Krankenhäuser, Straßen...
* Die jetzt schon angeschlagene Stahl- und Kohleindustrie muß sich darauf einrichten, daß Kohle nicht mehr subventioniert wird. Mit dem Argument der Rohstoffverteuerung wird es in Zukunft vermehrt in diesen Branchen zu Entlassungen kommen.

Diese Kürzungen haben noch nicht die Ausmaße und Auswirkungen wie zum Beispiel in Großbritannien. Doch wir befinden uns auf demselben Weg. Sehr düster malte Helmut Schmidt das Bild für die vor uns liegenden Jahre: Sie hätten "weltpolitisch mit Krisen begonnen. Wir spüren Ängste und Unsicherheit."

Trotz dieser düsteren Aussichten faßte der Kanzler seine Regierungserklärung in dem Satz "Mut zur Zukunft" zusammen. Begründen könne sich dieser Mut auf den Leistungswillen der Bundesbürger. Man habe im Laufe von Jahrzehnten ein vorbildliches soziales Gemeinwesen geschaffen. Der soziale Frieden sei in unserem Land gesichert. Glauben der Regierungschef und seine Bonner Genossen denn wirklich, daß die Wirtschaftskrise um das Sozialnetz einen Bogen macht? Wohl kaum! Denn warum sonst hat das Arbeitsministerium eine Kommission ins Leben gerufen, die den Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung untersuchen soll? Die Arbeitslosen sollen in "echte" und "falsche" sortiert werden. Der Zweck ist klar. Es soll Geld eingespart werden, indem der Personenkreis, der Anspruch auf Unterstützung hat, verkleinert wird - und dies bei steigenden Arbeitslosenzahlen!

Man fragt sich umso mehr, woher Helmut Schmidt seinen Mut zur Zukunft nimmt, wenn man einmal die Regierungserklärungen der sozialliberalen Koalition von '69, '72, '74, '76 und jetzt '80 heranzieht und deren konkrete Umsetzung untersucht. In den Aufschwungsjahren - bis 1973 - wurden zwar einige gute Reformen im Parlament verabschiedet. Dies ist eine Sache. Eine andere Sache ist es, wie diese Reformen heute greifen. Wie steht es um das Städtebauförderungsgesetz vom Juli '71?

Fortsetzung auf S. 8

ARTIKEL ÜBER

SPD und Berlin S.2
Wirtschaftskrise und Reformpolitik S.3
DGB-Grundsatzprogramm .S.4
Labour Party S.5
Ausländer:Frauen S.6
Poststreik S.7
2. Bildungsweg S.8

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.

Erscheint seit Dezember 1973.
Abopreis: 7.- DM für 6 Ausgaben
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesbergerstr. 75, 5630 Remscheid
Bankverbindung: Postscheckamt Essen, H.-G. Öfinger, Konto Nr. 170 20-433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger
Druck: Gegendruck, Essen

ihr da oben .... wir da unten

Nobelpreis für bankrotte Theorien

Vor kurzem wurde wieder der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen. Der Preis ist mit 378.000 DM dotiert. Dabei haben die Preisträger dieses Geld gar nicht nötig. Ihre Forschungen finanzieren sie mit Staatsgeldern und außerdem sind es Professoren, die jeden Monat ein beachtliches hohes Gehalt einstecken und aus Nebentätigkeiten (Bücher und Artikel schreiben, Beraterfunktionen) zusätzliches Einkommen beziehen.

Der Nobelpreisträger von 1976, Milton Friedman, ist nicht nur Forschungsbeauftragter an einem amerikanischen Institut und Schreiberling für die Wirtschaftsspalten der Zeitschrift Newsweek, sondern auch Berater von westlichen Regierungen, u.a. des Pinochet-Regimes in Chile und der Thatcher-Regierung in Großbritannien.

Der Wirtschafts-Nobelpreisträger von 1980, Lawrence Klein, ist Professor an einer amerikanischen Uni und nebenbei Mitglied im Wirtschaftssachverständigenrat der USA. Und das ist bestimmt noch nicht alles. Jedenfalls ist er genausowenig wie sein Vorgänger auf die 378.000 DM angewiesen.

Die Nobelpreisverleihung zeigt aber nicht nur, daß sich die Kapitalisten die Bonbons für ihre ideologischen Musterschüler etwas kosten lassen, sondern sie bringt am Beispiel des Wirtschaftsnobelpreises auch den Bankrott bürgerlicher Wirtschaftswissenschaften zum Ausdruck.

So sind der Preisträger von 1976, Friedman, und der diesjährige Würdenträger, Klein, Anhänger entgegengesetzter Theorien. Sie haben verschiedene Erklärungen für den kapitalistischen Wirtschaftsverlauf und bieten verschiedene (Pseudo-) Lösungen für Krisen an. Gleich ist beiden jedoch, daß in jedem Fall die arbeitende Bevölkerung - früher oder später - die Rechnung für die Krisen bezahlen muß.

Friedman ist "Monetarist". Das heißt, er will die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft auf ein Minimum reduzieren. Mit einem Abbau der staatlichen Sozialleistungen, Lohndruck und einem Subventionsverzicht für wettbewerbsunfähige Betriebe soll das Geldvolumen (Moneten) so reduziert werden, daß die Inflation sinkt. Längerfristig erhoffen sich die Anhänger dieser Theorie Neuinvestitionen, Produktivitätssteigerungen, wirtschaftliches Wachstum und den Abbau der Massenarbeitslosigkeit.

Chile und Großbritannien, die Länder, in denen derzeit eine streng monetaristische Politik betrieben wird, zeigen die reaktionäre Beschränktheit dieser Politik. In Chile verweist die Junta zwar auf eine ausgeglichene Zahlungsbilanz, einen ausgeglichenen Staatshaushalt und ein Wachstum von 8%, aber die Kehrseite der Roßkur ist eine Arbeitslosenrate von immer noch 20%, eine extrem hohe Inflationsrate und Hungerlöhne - und vor allem bahnt sich eine neue Rezession an. Von einer Beseitigung der tiefen Krise kann überhaupt nicht die Rede sein.

In Großbritannien hat die Wirtschaftspolitik a la Friedman bisher zu nichts anderem geführt, als zu einem Nachkriegsrekord bei der Arbeitslosenzahl (2,2 Mio.), der Senkung des Lebensstandards binnen eines Jahres um 25%, der Schließung vieler Industriebetriebe und einer Inflationsrate von immer noch 16%. Schon heute steht fest, daß die monetaristischen Maßnahmen den Zusammenbruch der englischen Wirtschaft nicht aufhalten werden. Wen wundert es da noch, daß sich die kapitalistischen Strategen jetzt wieder an einen Verfechter des "Keynesianismus" klammern und dem Keynesianer Lawrence Klein den Nobelpreis verleihen?

Nach dem Keynesianistischen Lehrbuch muß der Staat in den Wirtschaftsablauf eingreifen, indem er in Krisenzeiten die Wirtschaft durch Aufträge, Subventionen und Investitionsanreize ankurbelt und dann im Boom wieder mehr abschöpft durch Steuern und Abgaben. Da aber heute die Krisen in den kapitalistischen Ländern nur von ganz schwachen und kurzen Aufschwüngen abgelöst werden, kann der Staat sein Defizit nicht mehr aufholen. Die Folge ist eine ständig wachsende Staatsverschuldung und eine steigende Inflation.

Auch diese keynesianistischen Rezepte bieten kurzfristig immer weniger die Möglichkeit, Krisen abzuschwächen bzw. zu beseitigen. Langfristig werden sie nicht verhindern, sondern eher mitverursachen, daß die Krisen immer schärfer werden.

Die beiden bürgerlichen Wirtschaftsweisheiten Monetarismus und Keynesianismus bewirken letztlich nur, daß Widersprüche zeitlich verzögert werden oder ein Widerspruch durch den anderen überdeckt wird. Weder die Anwendung monetaristischer noch keynesianistischer Maßnahmen können den Verfall des Kapitalismus verhindern. Trotzdem ist nicht zu erwarten, daß ein marxistischer Wirtschaftstheoretiker den nächsten Nobelpreis erhält. Denn dann müßten die Kapitalisten ihre Macht freiwillig an die Arbeiter abtreten. Aber davon wollen sie bekanntlich nichts wissen.

DAS GROSSKAPITAL TRAUERT

Am 18. November 1980 verstarb in Salzgitter-Lebenstedt der Bundesbürger Hans Birnbaum. In der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung war sein Ableben gleich neun Großanzeigen wert. Zur Trauergemeinde gesellten sich: die Salzgitter AG, die VEBA Aktiengesellschaft, der Gerling-Konzern, die Dresdner Bank, das Volkswagenwerk, die Ruhrkohle AG, die Preussische Elektrizitäts Aktiengesellschaft und die Dornier GmbH. Warum berichtete die FAZ über solcherlei Verflechtungen erst im Nachhinein? Wer sind die noch lebenden Hans Birnbaums?

FABRIKATIONSFEHLER

Die Hausfrau Helen Husinfrat aus Detroit brauchte 50 Jahre lang die Glühbirne im Flur nicht zu wechseln. Die Herstellerfirma sprach von einem "Fabrikationsfehler": "Die Glühdrähte sind zu dick und konnten deshalb nicht wie üblich ausbrennen." Leider sind solche Fabrikationsfehler im Kapitalismus äußerst selten!

briefe

LESER

Wohnungsnot von Studenten

Liebe Genossen!

In einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 8.11.80 las ich über die Wohnungsprobleme der Studenten folgendes:

"Zu Beginn des Wintersemesters waren vorübergehend 50.000 Studenten im ganzen Bundesgebiet ohne Wohnung. Fast zur gleichen Zeit hatte Bundesfinanzminister Matthöfer im Rahmen der Sparbeschlüsse des Kabinetts die Zuschüsse des Bundes für den Studentenheimbau drastisch gekürzt." Um den Studenten trotzdem Wohnungen anbieten zu können, will man für Privatfamilien Steuererleichterungen dafür anbieten, daß sie Zimmer vermieten.

Was dies konkret bedeutet, habe ich am eigenen Leib erfahren. Ich wohne in der Nähe von Freiburg. Da meine Wohnungschancen in Freiburg selbst sehr schlecht waren, habe ich zu Beginn meines Studiums gleich versucht, eine Wohnung in der Umgegend zu finden. Bedenkt man den Zeit- und Kostenaufwand, um an die Uni zu kommen, so ist die Wohnung (kleines Zimmer, Küche, Bad) sicherlich überbezahlt. Vor einigen Tagen eröffnete mir meine Vermieterin, daß noch in diesem Monat eine andere Studentin in das Zimmer nebenan einziehen und Küche und Bad mit mir teilen wird. Ich hätte meine Sachen in den beiden zu teilenden Räumen zusammenzustellen, damit die Mitbewohnerin genügend Abstellmöglichkeiten hätte. Ich entgegnete, daß ich grundsätzlich nichts dagegen hätte, die Räume zu teilen; ich machte ihr jedoch klar, daß mein Wohnraum verringert würde, und daß ich die Miete, die sie auf dem bisherigen Stand belassen wollte, nicht mehr akzeptieren kann (260.- DM für ein Zimmer von 10 qm, Küchen- und Badmitbenutzung). Die Vermieterin bot mir nach langem Hin und Her eine Mietsenkung an, die allerdings nur geringfügig ist.

Was ist daraus zu ersehen? Die derzeitige Wohnungspolitik treibt derartige Fälle nur voran. Wie der oben erwähnte Artikel deutlich macht, ist man bestrebt, Hausbesitzer zu subventionieren, die Wuchermieten verlangen, da sie sich völlig im Klaren über die miserable Wohnungssituation sind.

Meist sind es Wohnungen oder Zimmer, die diesen Namen gar nicht verdienen. Die Räumlichkeiten sind klein und oft ungünstig möbliert; und - was fast gar das Schlimmste ist - das Privatleben des Untermieters wird bis ins kleinste Detail hinein "studiert". Der Neubau von größeren Gebäuden, wie Wohnheimen, in denen sich der einzelne noch freier fühlen kann und die finanziell relativ günstig sind, wird "drastisch gekürzt".

Wir brauchen keine vom Staat auch noch subventionierten Privatisierungen von Sozialwohnungen, deren Mieten dann in unkontrollierbare Höhen steigen, da die Nachfrage das Angebot bei weitem übertrifft. Was wir benötigen, ist eine an den konkreten Bedürfnissen orientierte, geplante Wohnungsbaupolitik.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Grund und Boden sowie Banken in Gemeineigentum überführt werden, damit Spekulation und Konkurrenzkampf endlich nicht mehr auf dem Rücken der Wohnungssuchenden ausgetragen werden können.

Birgit Öfinger
SPD-Mitglied
Freiburg

VORAN - Kommentar: BERLIN UND DIE SPD

Mit dem Export des bisherigen Justizministers Hans-Jochen Vogel nach Westberlin versucht die SPD-Spitze, die dortige abgewirtschaftete Stadtregierung zu retten. Doch viele SPD-Mitglieder fragen sich: kann eine bankrotte Politik allein dadurch wieder zum Erfolg führen, daß man einige Köpfe austauscht? Endet der "Neuanfang" der Berliner SPD bereits bei dem personellen Austausch der Regierung? Reicht es aus, einfach einigen Bundespolitikern die Posten und Pöstchen zu übertragen, deren frühere Inhaber in weiten Kreisen der Bevölkerung in den Geruch des Karrierismus, der Mißwirtschaft, der Vetternwirtschaft und der Bestechlichkeit geraten sind?

Einst hatte die Sozialdemokratie in Berlin Stimmenergebnisse um die 60%. Heute ist sie zu einer "Filzokratie" abgesunken, deren Politik bürgerlicher nicht mehr sein könnte. Wie sehr es die Berliner Bevölkerung satt hat, von einer s o l c h e n SPD regiert zu werden, beweisen die beiden erfolgreichen Volksbegehren für Neuwahlen: innerhalb weniger Tage sammelten die Berliner CDU 210.000 und die "Alternative Liste" (AL) 90.000 Unterschriften für ihre Forderungen.

Schon seit Monaten ist die Berliner SPD ins Schwanken geraten. Grund: eine Wohnungsbaupolitik, die angesichts von 7.000 leerstehenden Wohnungen dennoch keine akute Wohnungsnot (50.000 Wohnungssuchende) verhindert hat; eine Stadtsanierung, die den Spekulantenhaien in die Hände (und den Geldbeutel) spielte, statt ihnen das Handwerk zu legen. Folge: eine allmähliche Radikalisierung tausender junger Leute und eine Welle von Hausbesetzungen. Als der SPD-Senat glaubte, die unzufriedenen Demonstranten durch brutale Polizei-Großeinsätze von weiteren Wohnungsbesetzungen abhalten zu können, endete dies in tagelangen Straßenschlachten.

Ein zusätzlicher Tropfen hätte in dieser Situation schon ausgereicht, das Faß zum Überlaufen zu bringen. Stattdessen wurde mit der Garski-Affäre ein ganzer Eimer von Skandalsoße dazugeschüttet. Ohne Garantien wurden dem bankrotten Bauunternehmer Garski 115 Millionen DM an Landesbürgschaften in den Rachen geworfen - wie sich inzwischen erwiesen hat, bis auf den letzten Pfennig verlorenes Geld.

Nebenbei bemerkt: Garski ist FDP-Mitglied. Der "liberale" Koalitionspartner steckt also genauso dick drin im Filzsumpf wie die SPD. Doch komischerweise wird von bürgerlicher Presse und CDU nur die SPD angegriffen - und die SPD-Führung läßt sich dies wortlos gefallen. Die CDU will sich wohl mit ihrer Schonung der Liberalen ihren künftigen Koalitionspartner nicht vergraulen, und die SPD-Spitze glaubt, mit ihrem Schweigen die ersten Risse im gegenwärtigen Bündnis übertünchen zu können. Dies sei nur zur Klarstellung der Situation gesagt, nicht aber als Rechtfertigung der SPD-Misere.

In der Berliner Situation widerspiegelt sich nicht nur die Sackgasse, in welche die Politik der gesamten Partei geraten ist. Sie zeigt auch das Scheitern der traditionellen SPD-Linken. Harry Ristock, jahrzehntelang Symbolfigur und Führer der Berliner "Vereinigten Linken" in der SPD, mußte als für den Wohnungsbau verantwortlicher Senator zurücktreten. An seinem Fall zeigt sich beispielhaft, daß gute Ideen und linksreformistische Vorsätze keine Handhabe gegen das Spekulantenunwesen bieten. Die besten Reformversuche können keine sozialistische Wohnungsbaupolitik ersetzen. Man kann nicht kontrollieren (und auch nicht grundlegend reformieren) was man nicht besitzt.

Nicht nur in Berlin sind viele SPD-Mitglieder tief verunsichert. Im ganzen Bundesgebiet ist seit der Bundestagswahl das Ansehen der SPD sehr schnell gesunken. Die Regierungspolitik des Sparens und Kürzens zugunsten des Kapitals und auf Kosten der Arbeiter und Angestellten kann nur Unzufriedenheit zur Folge haben. Auf dem gegenwärtigen Weg stehen nur Wahlniederlagen bevor.

In Berlin wurde nun ein "Neuanfang durch Selbstreinigung" versprochen. Jedes SPD-Mitglied wird dieses Vorhaben ehrlich begrüßen. Ein Personenwechsel wird dies jedoch nicht zustandebringen. Ein Hans-JochenVogel als Regierender Bürgermeister, unterstützt durch einige andere Bundespolitiker, wird es bis zu den baldigen Neuwahlen kaum schaffen, die Berliner SPD wie Phönix aus der Asche auferstehen zu lassen - schon gar nicht ohne eine grundlegende Richtungsänderung in der Politik. Ob diese auf Initiative Vogels zustandekommt, ist mehr als zweifelhaft. Eine sozialistische Politik ist notwendig. Der Anfang muß von der SPD-Linken gemacht werden. Ein kompromißloses sozialistisches Programm gegen die Krise des Kapitals, gegen Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere und Abbau von Sozialleistungen muß ausgearbeitet werden. Daß sich dies in der SPD nicht über Nacht durchsetzen läßt, ist klar. Aber die Weichen müssen jetzt gestellt werden, langfristig, über die Zeit der wahrscheinlich bevorstehenden Wahlniederlagen in Bund und Ländern hinaus!

kampffonds

SPENDENKONTO:
Angela Bankert,
Pscha. Essen
2422 50-432

UNSER ZIEL: 15.000 DM

Die Koalitionsverhandlungen, die Regierungserklärung und die Politik der Bundesregierung in den ersten Monaten ihrer Amtszeit machen deutlich:

* Die SPD-Politiker in der Regierung tragen diese Sparmaßnahmen und Kürzungen mit, bzw. direkt die politische Verantwortung dafür;
* Die Linken im Bundestag haben sich zwar als Gruppe im Bundestag organisiert (überraschend zu hören, daß es 70 linke Abgeordnete geben soll!), doch außer wortstarkem Protest und einzelnen Initiativen haben sie bisher keine durchgehende Alternative zur Politik der Bundesregierung entwickelt.

In dieser Lage ist es umso wichtiger, daß es in der SPD-Linken eine marxistische Zeitung wie VORAN gibt, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, auf der Grundlage des Marxismus ein klares, eindeutiges sozialistisches Programm zunächst in der Parteilinken, dann auch in der SPD durchzusetzen.

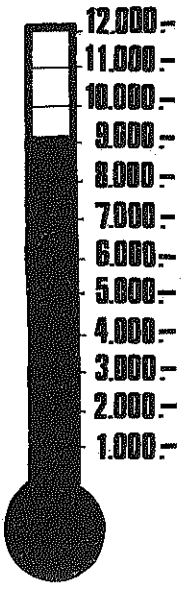
Zur finanziellen Unterstützung dieses Ziels haben auch im vergangenen Jahr wieder viele unserer Leser und Anhänger in die Tasche gegriffen.

Insgesamt gingen im letzten Jahr auf unser Spendenkonto 9.173,07 DM ein. Wir danken allen, die dazu beigetragen haben. Wir haben unser Ziel von 12.000.- DM damit immerhin zu gut drei Vierteln erreicht. Allein im letzten Quartal 1980 erhielten wir über 2600,- DM und unserem Aufruf um Weihnachten zu einer letzten finanziellen Anstrengung im alten Jahr für unsere Zeitung sind viele gefolgt. Stellvertretend seien hier nur genannt:

* Arne Boyer, München: 10.- DM
* Stefan Förster, Remscheid: 5.- DM
* Manfred Engelhard und andere, Aachen: 15.- DM
* Ursula Beck, Stuttgart: 50.- DM
* Martin Stegmeier, Crailsheim: 18.- DM

MIT 9.173,07 DM GESAMTERGEBNIS KONNTEN WIR UNSER KAMPFFONDS-ZIEL FÜR 1980 IMMERHIN ZU ÜBER 76 PROZENT ERREICHEN.

1981 MUSS MEHR DRIN SEIN !



Mit Euren Spenden konnten wir im vergangenen Jahr neben einigen laufenden Ausgaben auch einige technische Verbesserungen finanzieren, vor allem einen Schreibautomaten und ein Titelsetzgerät, wie an dieser Stelle bereits berichtet.

Auch im kommenden Jahr rechnen wir fest mit Eurer Hilfe. Nach Rücksprache mit unseren aktiven Kampffonds-Helfern halten wir ein neues Ziel von 15.000,- DM für 1981 für realistisch - und für notwendig um den weiteren Aufbau von VORAN finanzieren zu können.

Im Jahr 1981 werden wir zunehmend Angriffe auf den Lebensstandard verzeichnen; man wird uns raten, den Gürtel enger zu schnallen und Verzicht zu leisten. Unsere Antwort: Keinen Pfennig für dieses System!

Spendet für eine marxistische Antwort auf die Angriffe des Kapitals!

DIE NÄCHSTE KRISE IST SCHON DA

weniger Produktion, mehr Arbeitslose, hohere Preissteigerungen

"Ohne Wirtschaftswachstum keine erfolgreiche Gesellschaftspolitik". Dies ist einer der Kernsätze des 1975 verabschiedeten "Orientierungsrahmen '85" der SPD. Damals machte uns die SPD-Führung die Hoffnung, daß die Krise 74/75 nur ein einmaliger Ausrutscher wäre.

Doch das gesamte Bruttosozialprodukt der 24 wichtigsten westlichen Industrieländer sank im 2. Halbjahr '80 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,25%. Über das gesamte Jahr '80 gerechnet gab es noch ein mageres Plus von ca. 0,5%. Also ist jetzt ein Übergang zur Rezession im Gange.

Die Arbeitslosenzahl der westlichen Industrieländer liegt zur Zeit bei bei rund 24 Millionen. Die OECD (Verband der Industrieländer) sieht für Mitte '82 bereits eine Zahl von 25,5 Millionen voraus!

Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug für die OECD-Länder 1980 im Durchschnitt ca. 12% ('79: 9,9%).

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den EG-Staaten im Jahresdurchschnitt:

1970	2,5 Mio.
1975 (Krise!)	4,7 Mio.
1979	6,0 Mio.
1980	6,8 Mio.
1981 (Januar)	8,1 Mio.

Das Bruttosozialprodukt nahm in der BRD 1980 nur noch real um 1,8% zu ('78: +3,6%, '79: +4,5%); dabei lag das reale Plus im 2. Halbjahr nur noch bei 0,2% - das letzte Vierteljahr brachte dann erstmals wieder einen realen Rückgang.

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl lag 1980 offiziell bei 889 000; der Dezember-Wert lag bei 1,12 Millionen; der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, spricht jetzt vorsichtig von rund 2 Millionen Arbeitslosen 1981.

Die Lebenshaltungskosten (Index aller privaten Haushalte) stiegen um 5,5% (1979: +3,9%). Dabei hat sich der Preisauftrieb - entgegen den Voraussagen - gegen Jahresende keinesfalls abgeschwächt. Im Gegenteil: Die Preise kletterten von 5,1% im November 1980 über 5,3% im November '80 auf 5,5% im Dezember '80.

Wir haben gegenwärtig gleichzeitig sinkende Produktion, steigende Arbeitslosenzahlen und wieder steigende Preise zu verzeichnen. Die Wirtschaftspolitik steht vor dem Dilemma, weiter vorrangig die Inflation zu bekämpfen (d.h. die Konjunktur drosseln, Arbeitslosigkeit erhöhen, Löhne tendenziell senken etc.) oder die jetzt wieder bedrohlich zunehmende Arbeitslosigkeit?

Der Handlungsspielraum der Regierung für konjunkturstützende Maßnahmen (Ausgabenprogramme, Steuererleichterungen) ist also äußerst begrenzt. Der Sachverständigenrat ("Die fünf Weisen") stellt dazu genüßlich fest: "Die Wirtschaftspolitik des Demand Management (d.h. keynesianistische Nachfragesteuerungspolitik) hat ihren Zauber verloren."

Die Lösung, die diese Herren - genau wie die Politiker - anzubieten haben, ist natürlich immer wieder die gleiche: "Wieder einmal sind die Tarifparteien gefordert, der Wirtschaftspolitik auf schwierigem Kurs beizustehen." Im Klartext: die Arbeiterklasse soll sich den Gürtel schon wieder einmal enger schnallen und diesmal bitte etwas heftiger! Und sollten die Arbeiter ein Einsehen haben und sich mit erheblichen Reallohnkürzungen abfinden (siehe die Arbeitgeberangebote in der Metallindustrie: 2,1%), dann - so machen uns die "Weisen" Hoffnung - könnte die Wirtschaft im 2. Halbjahr '81 aus der Talsohle herausgeführt werden.

Aber die Aufschwungsprognose steht nach eigenen Aussagen der meisten Konjunktur-"Propheten" auf ziemlich wackeligen Füßen - vieles kann da noch dazwischenkommen! Und vollständig geirrt hat man sich ja in diesen Kreisen auch schon des öfteren: wann wurde denn einmal von diesen "Experten" eine bevorstehende Rezession rechtzeitig erkannt?

Inzwischen werden die Prognosen für 1981 nach unten korrigiert: Vor einem Jahr etwa wollte noch überhaupt kaum jemand etwas von einer neuen Rezession wissen, im Laufe der letzten Monate paßte man dann notgedrungen seine Prognosen der unangenehmen Wirklichkeit an. Die neuesten Zahlen lauten jetzt für das Wirtschaftswachstum -0,5 bis -1,5%, für die Höhe der Arbeitslosigkeit 1,13 bis 1,21 Millionen.

Die Prognosen und Einschätzungen mögen sich zwar ändern, nicht aber die Lösungsstrategien. Sie sind "altbewährt" und laufen immer wieder darauf hinaus, daß die Krisen des Kapitalismus auf den Schultern der Arbeiter und ihrer Familien, der Rentner und Jugendlichen ausgetragen werden. Aber wir haben keine Schuld an diesen Krisen, es wird Zeit, daß wir die Kapitalisten selbst dafür zur Rechenschaft ziehen.

In der jetzigen Tarifrunde wollen uns die Politiker, Wissenschaftler und Journalisten des Kapitals weismachen, der Lebensstandard der Lohnabhängigen sei im letzten Jahr 80 noch nicht angegriffen worden, ja man habe sogar noch ein kleines Plus real einstreichen können. Die Tatsachen aber sehen anders aus (und werden von den Sprachrohren der herrschenden Klasse entweder vornehm verschwiegen, bzw. durch inkorrekte Zahlenspielereien verzerrt und verschleiert):

- Die Arbeiter und Angestellten, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren, hatten unter dem Strich 1980 im Durchschnitt ca. 1% weniger in der Lohntüte bzw. auf dem Gehaltskonto!

Damit jeder sich von der Richtigkeit dieser Zahl selbst überzeugen kann, sei in Tabelle 1 kurz die Berechnungsweise dieser Aussage über den Lebensstandard der Lohnabhängigen angedeutet.

Die so ermittelte Veränderung des realen Nettolohn-Gehalts je abhängig Beschäftigte ist unserer Meinung nach ein korrekter Maßstab für die Entwicklung des Lebensstandards der Lohnabhängigen und ihrer Familien.

Zu den Arbeitslosen und Rentnern sind in den Tabellen 2 und 3 einige Fakten aufgeführt.

Bei all diesen Bevölkerungsschichten stellen wir für 1980 eine Senkung des Lebensstandards fest - keine dramatische zwar, aber immerhin stehen wir ja auch erst am Beginn einer Periode, in der den Abhängigen und Besitzlosen dieser Gesellschaft immer größere Opfer abverlangt werden sollen. Die Ausgangsstellung für die von uns geforderten Jahre des engen Gürtels ist also schon äußerst mager, bevor es erst richtig losgehen soll mit dem "Engerschnallen". Vielleicht sollten die (normalerweise reichlich beleibten) Herrschaften, die die Maßhalteappelle für die Arbeiter nur zu gerne und bei jeder Gelegenheit parat halten, sich zur Abwechslung einmal selbst angesprochen fühlen - denn sie haben mehr abzuspecken.

Tabelle 1

Nettolohn- und Nettogehaltssumme 1980 (Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer)	468 Mrd. DM
Zahl der abhängig Erwerbstätigen 1980 (also ohne Selbständige usw.)	22,13 Mio.
Folgliche Nettolohn- und Nettogehaltssumme je abhängigem Beschäftigten 1980	21.147,76 DM
Nettolohn- und Nettogehaltssumme je abhängigem Beschäftigten 1979 (wie für 1980 errechnet)	20.214,38 DM
Anstieg der Nettolohn- und Nettogehaltssumme 1980 gegenüber dem Vorjahr (je abh. Beschäftigtem) also	+4,6 %
Anstieg der Verbraucherpreise 1980 gegenüber Vorjahr	+5,5 %
DURCHSCHNITTLICHER VERLUST AN LEBENSSTANDARD EINES ABHÄNGIG BESCHÄFTIGTEN	0,9 %

(Grunddaten aus dem Gutachten des "Sachverständigenrates", Nov.80)

Tabelle 2

Die "Stille Reserve" (Personen, die eine Arbeit suchen, aber nicht arbeitslos gemeldet sind - vor allem Hausfrauen und Jugendliche) beträgt laut "Sachverständigenrat" 635.000

Die Einschränkungen der Unterstützungsleistungen für Arbeitslose sind erheblich und im Lauf der Jahre zunehmend:

	1976	1977	1978	1979	1980
Bezieher von Arbeitslosen-Geld	51,6%	45,5%	42,7%	38,8%	36,6%
Bezieher von Arbeitslosen-Hilfe	15,6%	15,4%	16,0%	14,7%	13,3%
Antragsteller zwecks Leistungen	21,0%	23,5%	22,7%	24,2%	27,7%
Keinerlei Leistungen erhielten	18,8%	15,5%	18,6%	22,3%	22,5%

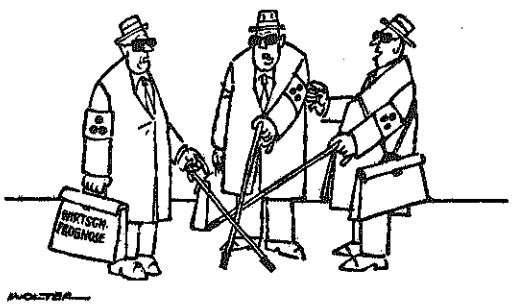
(Die %-Zahlen beziehen sich auf die Gesamtzahl der Arbeitslosen)
(Die %-Zahlen beziehen sich auf den Mai des angegebenen Jahres)
(QUELLE: Gutachten des "Sachverständigenrates", November 1980)

Tabelle 3

BEI DEN RENTNERN ERGIBT SICH FOLGENDES BILD:

Rentenerhöhung 1980 gegenüber Vorjahr	+ 4,0 %
Preisanstieg für Rentner (besonderer Preisindex) 1980	+ 5,0 %
Verlust des realen Lebensstandards für Rentner 1980	- 1,0 %

(Quelle: Gutachten des "Sachverständigenrates", November 1980)



„Hier Prophet! Wer dort?"

Nicht "Sozialliberale" Reformpolitik, sondern...

Abbau von Reformen

Sanierung der Staatsfinanzen auf Kosten der Arbeiter

"Mut zur Zukunft" - hieß die Parole von Helmut Schmidts Regierungserklärung. Sehen wir uns einmal genauer an, was für eine Zukunft uns "sozialliberale" Politik bescheren wird. Greifen wir uns dazu die Bereiche Wohnungsbau, Bildung, Verkehr, Sparförderung und Renten heraus.

Wohnungsbau

In Anbetracht der zunehmenden Wohnungsnot in der BRD hatte der Bundesparteitag am 9./10. Juni '80 in Essen noch ins Wahlprogramm geschrieben: "Deshalb werden wir - insbesondere in Stadtregionen - den sozialen Wohnungsbau verstärkt fortführen..."

Die FDP hingegen witterte im Wohnungsbau schon lange zuviel "Staat" und forderte "mehr Markt" sowie den Abbau "investitionshemmender Bestimmungen" (sprich: Mieterschutz).

Wer hat sich nun durchgesetzt? Die Koalitionsvereinbarung sieht vor:

* Verbesserung der Rahmenbedingungen für den freifinanzierten Wohnungsbau
* Vereinfachung des Mieterhöhungsverfahrens
* Staffel-/Stufenmieten bei Erst- und Neuvermietung
* Stärkere Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Elemente im sozialen Wohnungsbau

Hinter dem Begriff "Staffel-/Stufenmieten" verbirgt sich die Möglichkeit, Mieterhöhungen bereits im Voraus abgestuft festlegen zu können. Und das bei sämtlichem Wohnraum, der ab 1.1.'81 bezugsfertig geworden ist. Dies bedeutet die völlige Aufgabe des sozialen Wohnungsbaus und damit das Gegenteil des Wahlversprechens der SPD. Hinter den "verbesserten Rahmenbedingungen" verbergen sich vermutlich jene Investitionsanreize für die freie Wirtschaft, die von den Liberalen gefordert wurden.

Bildung

Im SPD-Wahlprogramm hieß es: "Die Öffnung der Hochschulen wird von uns entschieden verteidigt, um vor allem Arbeiterkindern den Zugang zu erleichtern; besonders für sie muß die Ausbildungsförderung stetig verbessert werden."

Das Programm der Regierung sieht wiederum das Gegenteil vor:

* Die Ausbildungsförderung für Studenten aus einkommensschwachen Familien wird 1981 und 1982 eingefroren
* Die Mittel für den Hochschulbau werden um 20% gekürzt
* Die Zuschüsse an die Länder für den Bau von Studentenwohnheimen, an denen sich der Bund mit 50% beteiligt hatte, werden gestrichen (d.h. die Länder müssen entweder ihre Mittel verdoppeln - oder auf Neubauten verzichten).

Durch all diese Maßnahmen sind die Studenten aus weniger finanzstarken Familien besonders betroffen. Gerade sie können zum Beispiel die Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt in den Universitätsstädten kaum bezahlen und sind besonders auf Plätze in Studentenwohnheimen angewiesen.

Verkehrspolitik

Wie immer sich der Arbeitnehmer entscheidet, zur Arbeit zu fahren, er ist immer gelackmeiert:

* PKW-Fahrer müssen tiefer in die Tasche greifen: durch die ab 1.4.'81 vorgesehene Erhöhung der Mineralölsteuer um 7 Pfg. und die geplante Umlegung der KFZ-Steuer auf die Mineralölsteuer steigen die Benzinpreise weiter.
* Öffentlicher Nahverkehr: durch die vorgesehene Streichung der Ölbeihilfen im Personennahverkehr werden sich die Tarife voraussichtlich verteuern.
* Bahn: hier sind die Tarife für den Personenverkehr bereits um durchschnittlich 8% erhöht wurden.

Sparförderung

Was immer man von der sogenannten "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" halten mochte (ein Vermögen konnte man damit sicher nicht anhäufen), so brachte sie doch gewisse Vergünstigungen beim Sparen. Das wird sich ändern:

* Das Sparprämiengesetz wird ersatzlos gestrichen. Der Staat gibt keine vermögenswirksamen Leistungen mehr.
* Die Wohnungsbau-Prämie wird von 18% auf 14% gesenkt.
* Die Bausparer müssen in Zukunft 10 Jahre (bisher 7) auf die Zuteilung ihrer Bausparverträge warten.

Renten

Dem Rentenskandal von 1976 wird ein weiterer hinzugefügt: Das SPD-Wahlprogramm versprach: "Von 1982 an wird es wieder bruttolohnbezogene dynamische Renten geben." Dies wird auch geschehen. Aber nur für drei Jahre. Nach Ablauf des Jahres 1984 wird die bruttolohnbezogene Rente nämlich nach den Plänen der Regierung wieder aufgehoben. Ab dann wird die Rentenerhöhung am "verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer" orientiert. Was immer das heißen mag, es ist jedenfalls kein Bruttolohn- sondern eher ein Nettolohnbezug. Dies vermutlich durch Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner, den die Koalition übrigens erst zu Beginn ihres Amtsantritts 1969 mit großem Paukenschlag abgeschafft hatte. Und das alles soll auch noch "unter Beachtung der finanziellen Stabilität der Rentenversicherung" und "im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" geschehen. Wenn damit nicht alle Hintertüren für weitere Kürzungen offen stehen...

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß alle Sparmaßnahmen und Kürzungen ausschließlich zu Lasten der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Familien gehen. Die Besitzenden haben dagegen nichts zu befürchten:

* Die Rüstungsgiganten brauchen um ihre Auftragslage nicht zu bangen. Der Verteidigungsetat wird selbstverständlich erhöht; U-Boote für Chile, Leopard-Panzer für die Saudis und Tornados für die Bundeswehr werden die Kassen auch weiterhin klingeln lassen.
* Ebenso werden die großen Versicherungsgesellschaften, die den Wohnungsbau zu rund 80% beherrschen, von dem "Mehr am Markt" und den "verbesserten Rahmenbedingungen" sicher profitieren.

Dies sind nur einige Beispiele für ein kapitalistisches Krisenmanagement, das die Besitzenden fördert und den Arbeitern und Angestellten tief in die Taschen greift.

Neues DGB-Grundsatzprogramm:

HALBHEITEN UND GROSSE UNZULÄNGLICHKEITEN.

KOSMETIK ODER ABSCHAFFUNG DES KAPITALISMUS ?

Lange haben wir darauf gewartet - im März ist es so weit: Der außerordentliche DGB-Bundeskongreß in Düsseldorf (12.-14. März) verabschiedet das neue Grundsatzprogramm des DGB. Einer der größten und wichtigsten Gewerkschaftsdachverbände der Welt, die Vertretung von fast 8 Millionen organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten, wird damit seine allgemeine Marschroute für die 80er Jahre festlegen.

Das letzte Programm dieser Art stammt von 1963. Damals befand sich die BRD wie die ganze kapitalistische Welt in einer breiten wirtschaftlichen Aufschwungsphase. Der Lebensstandard der Arbeiter konnte selbst ohne größere gewerkschaftliche Kämpfe steigen.

80er Jahre

Inzwischen haben sich aber die Umstände gründlich geändert. Wir durchlaufen gegenwärtig schon die zweite internationale Rezession seit der Krise 74/75; die Aussichten für die 80er Jahre sind trüb: mehrere Millionen Arbeitslose, Wohnungsnot, sinkender Lebensstandard und drohender Abbau aller sozialen Errungenschaften. Es heißt jetzt endgültig Abschied nehmen von alten Illusionen und Träumen!

Das neue DGB-Grundsatzprogramm muß sich daran messen lassen, ob es den anstehenden Problemen der 80er Jahre gerecht wird. Taugt es was für den praktischen alltäglichen Kampf? *Oder ist es nur ein locker zusammengestellter Warenhaus-Katalog voll guter Absichten und Wünsche?*

Gewerkschaft und Staat

Schon beim Durchlesen der "Präambel" (Einleitung) drängen sich einige grundlegende Fragen auf. Hier werden auf der einen Seite "stolze Erfolge der Arbeiterbewegung" hervorgehoben und ein Bekenntnis zu diesem Staat mit all seinen Institutionen abgelegt. Die Gewerkschaften seien ein Integrationsfaktor der Demokratie. Andererseits jedoch wird in der Präambel nüchtern festgestellt: "Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat die alten Besitz- und Machtverhältnisse nicht wesentlich geändert. Die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet. . . Die Arbeitnehmer, die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen." Wie kommt es, so fragt sich der aufmerksame Leser, daß trotz starker Gewerkschaften und "stolzer Erfolge" dieser von den Gewerkschaften gestützte und mitgetragene Staat ausgerechnet die Konzentration des Kapitals gebilligt und nach besten Kräften gefördert hat (etwa durch Bekräftigung von Konzernzusammenschlüssen durch den Bundeswirtschaftsminister)? Ist der Staat doch nicht dieses neutrale Gebilde, das angeblich die Interessen der Arbeiter und der Unternehmer gleichermaßen vertritt? Aber gleichzeitig heißt es in der Präambel eindeutig: "Den Interessen der Unternehmer an maximalen Gewinnen stehen die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und ausreichenden Einkommen gegenüber."

In dem in 30 Kapitel gegliederten eigentlichen Programm findet man viele gute und begrüßenswerte Ziele und Forderungen. Allerdings fällt hier bei einem Vergleich mit dem 1963er Programm auf, daß die Verfasser des Entwurfs doch einige wichtige Abschnitte wörtlich aus dem alten Programm übernommen haben.

hier Vollbeschäftigung und
er Arbeitszeit gefordert.
twendig, auf die Rich-
ftlichen Entwicklung
planmäßig einzuwir-
che und soziale
verhindern". Gut,
wollt ihr dies durch-

setzen in dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die sich doch noch nie vorausschauend, planmäßig und gleichmäßig entwickelt hat?

Weiter fordert der Programmentwurf eine "gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung". In der Tat - die Reichen sind in den Jahrzehnten seit dem 2. Weltkrieg im Vergleich zur Masse der Bevölkerung noch reicher geworden, und gerade seit den letzten Jahren ist die Lohnquote wieder rückläufig.

UNTERNEHMER ENTSCHEIDEN - ARBEITER LEIDEN

Das Schlagwort von der "aktiven Tarifpolitik" taucht auf. Eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts wird angestrebt. In Ordnung, Kollegen, aber wie sah die Praxis in der Lohnrunde der letzten Jahre aus? Wurden wirklich alle Mittel in Gang gesetzt, um die höchstmöglichen Lohnabschlüsse zu erkämpfen und somit das Sozialprodukt gerechter zu verteilen?

Preissteigerungen

"Es ist sicherzustellen, daß ungerechtfertigte Preis- und Gewinnsteigerungen bekämpft und Preissenkungen an die Verbraucher weitergegeben werden." Welche Preis- und Gewinnsteigerungen sind gerechtfertigt, welche nicht? Wer soll dies festlegen? Sollen nicht - wie wir meinen - gewerkschaftliche Preisausschüsse in Zusammenarbeit mit Hausfrauenkomitees eine unverfälschte Preiskontrolle vornehmen, um auf dieser Grundlage eine echte und realistische Preissteigerungsrate zu ermitteln?

Wirtschaftliche Macht

Zur "Kontrolle wirtschaftlicher Macht" hat sich der DGB-Vorstand allerhand einfallen lassen: "Entscheidend ist, daß der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindert wird." Klingt schön, Kollegen. Aber was wird wohl konkret damit gemeint sein? Soll man sich wohl darunter vorstellen, daß gegen die wirtschaftliche Macht eines Kapitalisten an sich noch nichts einzuwenden wäre, solange sie nicht "mißbraucht" wird? Doch wird nicht jeder Kapitalist zwangsläufig seine Macht dazu ge- und mißbrauchen, möglichst viel privaten Profit anzuhäufen? Es folgt eine Liste von Forderungen, die einen fast an den Grundsatz "für jeden etwas" erinnert.

Gemeineigentum

Als eine unter vielen Forderungen taucht auch die "Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum" auf. Nur muß es für jeden bewußten Gewerkschafter unverständlich bleiben, wie gerade diese zentrale Forderung wahllos neben "die Erweiterung der Publizität" und "eine wirkungsvolle Ausgestaltung der Monopol- und Kartellkontrolle" gesetzt wird.

Was zählt jetzt wirklich? Sollen die Schaltzentralen der wirtschaftlichen (und damit politischen) Macht, die Großkonzerne und Banken, nun durch einen gestärkten Beamtenapparat im Bundeskartellamt "kontrolliert" werden, sollen sie durch öffentliche Gegenunternehmen unter stärkeren Konkurrenzdruck gesetzt oder sollen sie in Gemeineigentum überführt und demokratisch von den Arbeitern kontrolliert werden? Die Antwort eines sozialistisch orientierten Gewerkschafters ist klar - doch der DGB-Vorstand will sich immer noch nicht darauf festlegen, gerade diese Kernforderung der Arbeiterbewegung in den 80er Jahren wieder als die zentrale Zielrichtung auf den Tisch zu bringen.

Es scheint, daß die Verfasser zwar einerseits nicht darauf verzichten wollen, die Überführung in Gemeineigentum wenigstens zu erwähnen, aber ansonsten werden alle möglichen anderen Forderungen aufgeboten, die scheinbar eine grundsätzliche Änderung der Eigentumsverhältnisse überflüssig machen.

Investititionslenkung -

Dazu gehört auch das in Kapitel 11 beschriebene Rezept der Investitionslenkung. "Fehlleitungen von Kapital und Arbeitskraft sind ebenso wie Arbeitslosigkeit und Nichtausschöpfung der wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten eine Belastung des Lebensstandards", heißt es hier richtig. Man muß es aber noch krasser sagen. Die kapitalistische Wirtschaft produziert "Fehlinvestitionen" am laufenden Band: Nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung zählen, sondern der Profit! Kapazitäten liegen im Schnitt zu 20% brach, oft genug werden moderne oder noch brauchbare Produktionsanlagen stillgelegt. Über eine Million Menschen suchen Arbeit. Anstatt sie sinnvoll einzusetzen, muß die Allgemeinheit ihr erzwungenes Nichtstun finanzieren.

Der Programmentwurf will die Investitionen in der Wirtschaft durchschaubar machen, lenken und koordinieren. So ist u.a. die Rede von einer Erweiterung der Publizitätspflicht der Unternehmen und von einer noch zu schaffenden Investitionsmeldestelle, die bei großen Investitionsvorhaben eingeschaltet werden muß.

Gerade hier muß man sich ernsthaft fragen, wie ein solches Modell funktionieren soll, solange die großen Unternehmen und Konzerne in Privatbesitz bleiben und kapitalistische Konkurrenz und Wettbewerb weiterbestehen. Ein Konzern, der durch neue Produktionstechniken für sich einen Vorsprung herausholen will, wie soll der dazu bereit sein, seine Investitionspläne und Zielsetzungen vor aller Welt auszuplaudern?

Investitionen sind in der kapitalistischen Marktwirtschaft ein Ausdruck von Gewinnerwartungen für morgen. Wenn keine entsprechenden Profite in Aussicht sind, dann wird auch der geschickteste staatliche Investitionslenker nicht die Konzernspitze überzeugen können.

Selbst die besten und ausgetüftelsten DGB-Modelle zur Investionslenkung werden in der Realität scheitern, solange die Produktionsmittel, die großen Konzerne und Banken in kapitalistischen Privateigentum bleiben. Denn letzten Endes entscheidet der Eigentümer eines Betriebes oder Konzernes darüber, ob und wie investiert, was und wie produziert wird und ob die Produktion verlagert und die Belegschaft entlassen wird oder nicht.

Von "mitbestimmenden" Staats- oder Gewerkschaftsvertretern mag er durchaus Ratschläge gelten lassen, solange dies seinem Profit nützt. Doch gegen einen entscheidenden Eingriff in seine Verfügungsgewalt würde er sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen.

Um seine weitgehenden Vorstellungen zur Investionslenkung und Mitbestimmung tatsächlich durchzusetzen, müßte der DGB die ganze hinter ihm stehende Kraft mobilisieren, und damit den Widerstand des Kapitals brechen. Warum aber dann noch die Produktionsmittel weiterhin in Privathand belassen? Warum nicht gleich weitergehen zur Überführung in Gemeineigentum, zur Arbeiterkontrolle und -verwaltung, zu einer demokratischen Planwirtschaft, in der nicht mehr privater Profit, sondern allein gesellschaftlicher Bedarf entscheiden?

Atomkraft

In einem einzigen Satz spricht der Programmentwurf das Thema "Atomkraft" an. Von "wachsender Bedeutung der friedlichen Nutzung der Kernenergie" ist hier die Rede. Die schweren Bedenken gegen die Atomkraft, die bestehenden Überkapazitäten der Energieversorgungsunternehmen, alternative Energiequellen und die Möglichkeit großer Einsparungen bei sinnvollerem Einsatz (ohne Senkung des Lebensstandard natürlich) bleiben unerwähnt.

Im Abschnitt "Gesundheitswesen" sucht der Leser vergeblich die Forderung nach Verstaatlichung der Arzneimittel-Konzerne.

Wohnungsbau

Ganze vier Sätze sind der "Sicherung der Wohnungsversorgung", also einem der Hauptprobleme der 80er Jahre, gewidmet. Außer der richtigen, aber wieder viel zu zaghaften Feststellung, daß "eine Wohnungswirtschaft nach rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht entsprechen kann", bleibt es bei Allgemeinplätzen. Der Bedarf nach Wohnraum wächst, Baumaterial gibt es genug, und arbeitslose Bau- und sonstige Arbeiter ebenfalls. Aber solange der Profit vorherrscht und Bodenspekulanten und Bankiers sich an der Wohnungsnot gesundstoßen, wird das Recht auf menschenwürdiges Wohnen für viele eine Utopie bleiben.

Auch in den Abschnitten über die Bildungspolitik kann man viele richtige Feststellungen, begrüßenswerte Ziele und Vorhaben finden, deren Verwirklichung einen großen Fortschritt vor allem für Arbeiterkinder darstellen würden. Aber all dies kostet Geld. In einer allgemeinen Wirtschafts- und Finanzkrise - wie wir sie jetzt in ihren Anfängen erleben - wird meistens zuerst an den Bildungsausgaben gespart. Bildung und Ausbildung, die über die Heranzüchtung von Fachidioten für den Produktionsprozeß hinausgeht, wird für das Kapital und seinen Staat immer mehr zum Luxus.

Bewährungsprobe

In vielen anderen Abschnitten des Programmentwurfs lassen sich ähnliche Unzulänglichkeiten, Mängel und Halbheiten feststellen. Bei allen guten Ansätzen ist dieses Programm doch ein schlechtes, unzureichendes Marschgepäck für die 80er Jahre. Die Gewerkschaftsbewegung steht jetzt wieder vor ihrer schwersten Bewährungsprobe seit den 20er und 30er Jahren. Auch damals verzichteten die auf "Sozialpartnerschaft" ausgerichteten Gewerkschaftsführer darauf, die Kapitalisten ganz zu entmachten und eine neue Gesellschaft unter der Herrschaft der Arbeiterbewegung aufzubauen. Stattdessen verließen sie sich auf von den Unternehmern zugestandene Reformen, auf die parlamentarische Demokratie. Das Ergebnis: Der 8-Stunden-Tag wurde schon 1923 wieder rückgängig gemacht, die Massenarbeitslosigkeit höhlte die Gewerkschaften mitgliedermäßig und finanziell stark aus, und das Kapital brachte Hitler an die Macht, der die ganze Gewerkschaftsbewegung systematisch zerschlagen ließ.

Noch ist Zeit zum Kurswechsel. Verlassen wir uns nicht auf Kosmetik an einem häßlichen, nicht mehr zeitgemäßen kapitalistischen System. Verlassen wir uns nur auf die Kraft der organisierten Arbeiterbewegung. Diese Kraft wäre bei richtiger Koordinierung und Leitung fähig, die ganze Gesellschaft nach ihrem Willen umzugestalten und der Menschheit einen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse aufzuzeigen.

Nach unserer Meinung müßten die Eckpfeiler eines solchen Programms in folgenden Forderungen bestehen:

* Arbeit für alle! Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
* Ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.400 DM für alle Erwachsenen!
* Ausreichenden und billigen Wohnraum für alle! Es müssen jährlich 1 Million Sozialwohnungen gebaut werden!
* Verteidigung und Ausbau des Sozialstaates auf Kosten der Unternehmer!

Und wenn die Unternehmer und ihre Interessensvertreter den Kopf schütteln und meinen, "das geht nicht", dann kann die Antwort nur lauten:

* Entmachtung und Enteignung des Großkapitals!
* Überführung der 200 größten Monopole, der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum!
* Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über Fabriken, die Produktion, die Gesellschaft und den Staat!
* Ausarbeitung einer gesellschaftlichen Rahmenplanung zur Regelung der Produktion mit den Zielen: keine Fabriken ungenutzt, keine Maschinen stillstehen und kein Rohmaterial auf Halde liegen zu lassen; jeden Arbeitslosen und Kurzarbeiter produktiv zu beschäftigen auf diese Weise den allgemeinen Lebensstandard zu heben und noch bestehendes Elend auszurotten.

HANS-GERD ÖFINGER
DJU/IG DRUCK UND PAPIER-MITGLIED
REMSCHEID

LEST DIE
VORAN-BROSCHÜRE
FRISCHER WIND
AUS DEN BETRIEBEN
GEGEN VOREINSENDUNG VON
DM 2,50 ZU BESTELLEN BEI
VORAN, Hammesberger Str.75
5630 REMSCHEID

Rechter Flügel abgewirtschaftet:

LABOUR PARTY IM UMBRUCH

Basis jubelt-rechte Karrieristen auf dem Absprung.

"Die Oktoberrevolution in der Labour Party", lautete eine Überschrift in der "Sunday Times" nach dem letzten ordentlichen Parteitag der britischen Arbeiterpartei Anfang Oktober 1980. Einhellige Meinung aller Beobachter (und Teilnehmer): die Partei ist in einem tiefgreifenden Umbruch begriffen, der Parteitag markiert einen scharfen Linksrutsch. Bürgerliche Kommentatoren und Sprecher der Unternehmerverbände raufen sich die Haare angesichts dieses Sachverhalts; an der Parteibasis herrscht Jubel vor. Rechte Karrieristen, meistens Rechtsanwälte und Akademiker, bereiten nun ernsthaft ihre Abspaltung vor; an der Basis ist ein erstaunlicher Zuwachs an neuen Mitgliedern zu verzeichnen - vor allem aus den Reihen der Arbeiterklasse. Was sind die Hintergründe und Ursachen dieser Entwicklung? Die rechte Presse schiebt dies auf eine "marxistische Unterwanderung der Partei durch die MILITANT-Tendenz, einer kleinen Minderheit von Aktivisten mit undemokratischer Vorgehensweise". In Wirklichkeit ist nichts so falsch wie diese Behauptung. Eine Massenpartei mit Millionen Mitgliedern und Anhängern läßt sich nicht "unterwandern und manipulieren", zumal nicht von einer kleinen Minderheit! Die Radikalisierung der Arbeiterklasse, ihre zunehmende Kampfbereitschaft und der Linksrutsch in der Labour-Party ist eine natürliche und zwangsläufige Reaktion auf die Krise des Kapitalismus. Natürlich hat die marxistische MILITANT-Tendenz in dem Prozeß, der bisher eingeleitet wurde, eine wichtige Rolle gespielt, dies aber nur deshalb, weil sie bewußter Ausdruck der innerparteilichen Gärung ist, weil sie Antworten auf die jetzt auftauchenden Fragen der Parteiaktivisten geben kann und weil sie über ein revolutionäres Programm verfügt, das die bankrotte, keinen weiteren Fortschritt mehr bietende Politik der rechten Reformisten ablösen kann.

2.039.003 Arbeitslose, riesengroße Ausgabenkürzungen, Reallohnsenkungen und Steuererhöhungen für die Arbeiterklasse - dies war der wirtschaftliche Hintergrund zum Parteitag. Als Folge der brutalen Entlassungspolitik von Thatchers konservativer Regierung werden ganze Städte in Großbritannien verwüstet; zum Beispiel: mehr als 45% der arbeitsfähigen männlichen Einwohner von Consett sind jetzt arbeitslos, einer Stahlstadt in Nordengland. In derselben Woche, in der der Parteitag stattfand, kam ans Licht, daß Lord Vestey, Herr der reichsten Familie Großbritanniens, im Lauf des Jahres 1978 nur 10 Pfund Einkommenssteuer bezahlt hatte!

Als Folge der katastrophalen Wirtschaftslage und der brutalen Angriffe der Regierung auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse gibt es jetzt eine spürbare Polarisierung der britischen Gesellschaft. Die Arbeiter sind jetzt gezwungen, ihren Lebensstandard zu verteidigen. Sie werden in den Gewerkschaften immer mehr aktiv. Sie suchen auch eine politische Alternative gegen die Tories, und versuchen deshalb, die Labour Party wieder in ein kämpferisches Organ der Arbeiterbewegung zurückzuverwandeln.

Diesem Prozeß stellen sich nicht nur die Kapitalisten und ihre Presse entgegen, sondern auch die kapitalfreundliche parlamentarische Führung der Partei selbst. Der Kampf hat sich auf dem Parteitag voll entwickelt, und sein vorläufiger Ausgang hat die Rechten in Panik versetzt.

Der Parteitag hat in hohem Grade die kapitalfreundliche, von Callaghan und den anderen rechten Partei- und Gewerkschaftsführern unterstützte Politik abgelehnt. Angenommen wurde ein Programm, das den Zorn der Arbeiterklasse ausdrückt.

Die erste Tat der nächsten Labour Regierung soll sein, das Oberhaus, in dem nur die nichtgewählten, von der Königin geadelten Lords sitzen, abzuschaffen. In der nächsten Woche soll die Regierung ein Gesetz durchbringen, daß mehrere Firmen verstaatlicht, und dadurch die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft erweitert. Die nächste Labour Regierung soll Großbritannien wieder aus der EG rausbringen.

Der Parteitag hat die Lohnbeschränkungspolitik der letzten Labour Regierung scharf zurückgewiesen. Die Forderung für eine 35-Stunden-Woche als Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit und für die einseitige nukleare Abrüstung Großbritanniens wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Bei der Wahl des neuen Parteivorstandes haben die Linken ihre Mehrheit verstärkt. Die Linken haben sich also im Bereich der Politik stark durchgesetzt.

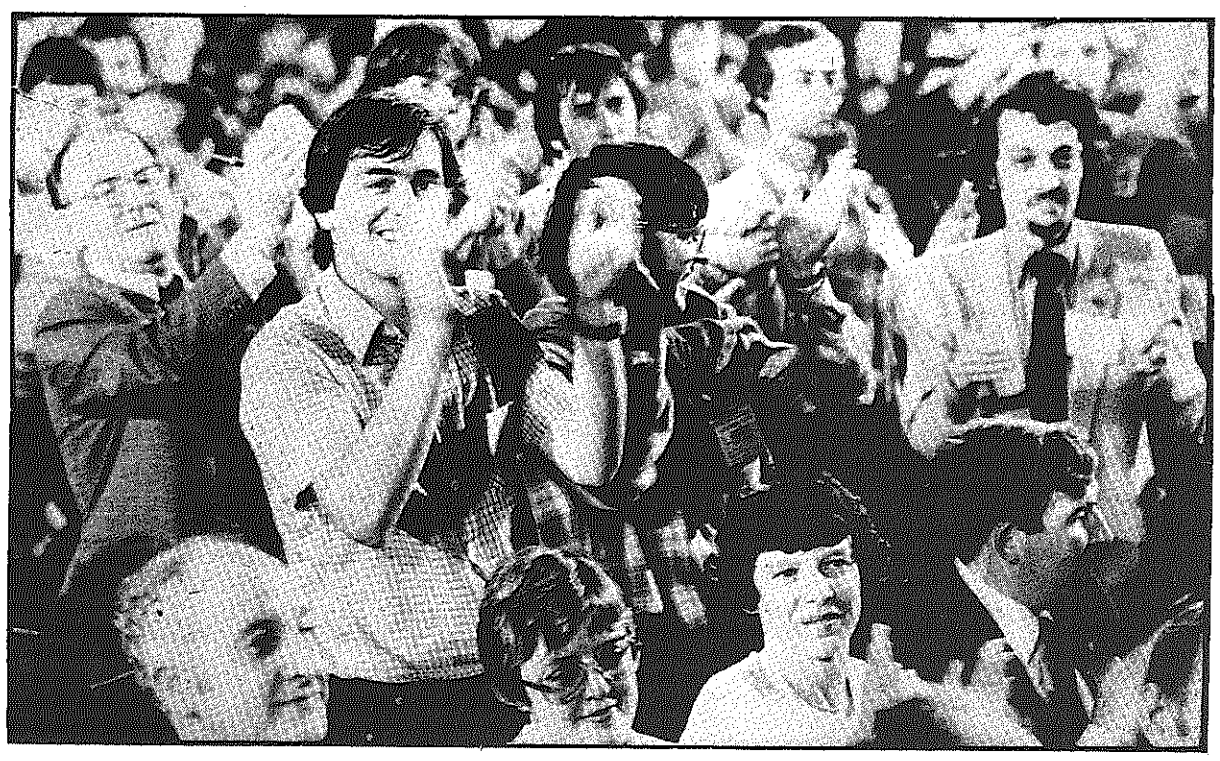
Die Parteibasis hat aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt. Sie weiß inzwischen, daß es nicht reicht, einfach auf dem Parteitag eine Politik durchzusetzen. Der Parteitag forderte z.B. bereits 1976 mit einem Stimmenverhältnis von 6:1 die Verstaatlichung von Banken und Versicherungen; die Regierung unter Callaghan jedoch weigerte sich, dieses für die Regierungspolitik als bindend anzuerkennen. Auch in vielen anderen Bereichen hat die parlamentarische Führung der Labour Party in der Vergangenheit die Politik und Wünsche der Mitgliedschaft nicht beachtet. Daher hat der Parteitag trotz des entschlossenen Widerstandes der rechten Partei- und Gewerkschaftsführer Schritte in Richtung mehr innerparteiliche Demokratie getan, um die Parteiführung besser kontrollieren zu können. Der Beschluß des Parteitages vom Jahr '79, daß amtierende Labour-Abgeordnete sich von jeder erneuten Kandidatur einem demokratischen Wiederaufstellungsverfahren durch die Partei ihres Wahlkreises stellen müssen, wurde 1980 bestätigt und damit rechtskräftig.

Ein Antrag, die Kontrolle über das Wahlprogramm dem Parteivorstand zu übertragen, wurde jedoch abgelehnt. Das bedeutet also, daß es immer noch möglich ist, daß der Parteiführer den Inhalt des Wahlmanifestes allein bestimmen kann, ohne die Politik der Mehrheit auf dem Parteitag beachten zu müssen.

Die Polarisierung in der Partei kam am besten bei der Diskussion über die Wahl des Parteiführers zum Ausdruck. Bisher ist der Parteiführer nur von den Abgeordneten im Unterhaus gewählt worden; jetzt hat der Parteitag im Prinzip beschlossen, daß er zukünftig von einem Gremium aus Abgeordneten, Partei- und Gewerkschaftsdelegierten gewählt werden soll. Der Parteitag hat aber drei verschiedene Vorschläge zur Zusammensetzung dieses Gremiums abgelehnt; es wurde beschlossen, einen Sonderparteitag im Januar abzuhalten, um über die Zusammensetzung dieses Gremiums zu entscheiden (siehe Kasten).

In der Zwischenzeit ist Callaghan als Parteiführer zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde Michael Foot gewählt. Die Wahl wurde noch nach dem alten System durch die Parlamentsfraktion durchgeführt. Der Ex-Schatzkanzler Denis Healy, Sprecher der Rechten und wichtigster Gegenkandidat Foots, hätte noch vor einem Jahr mühelos das Rennen gemacht, da der rechte Flügel innerhalb der Fraktion immer noch eine Mehrheit hat.

Unter dem Druck der Parteibasis und aus Angst, bei den nächsten Wahlen nicht mehr als Labour-Kandidaten in ihrem Wahlkreis aufgestellt zu werden, gaben viele Abgeordnete jedoch dem "linken" Foot ihre Stimme. Foot wird von der Presse zwar als Linker bezeichnet (und gleichzeitig gelobt!), in Wirklichkeit ist er jedoch ein Verteidiger der Politik Callaghans. Der wahre Wunschkandidat der großen Mehrheit der Parteimitglieder ist Tony Benn. Benn steht sehr viel weiter links als Foot. Zwar vertritt er kein marxistisches Programm, sondern ein utopisch reformistisches, aber die bürgerliche Presse richtet ihre vollen Breitseiten gegen ihn. Benns Führerschaft wäre für die Parteiaktivisten das Signal dafür, in einer letzten Offensive die Überreste der alten Ultrarechten aus der Partei zu jagen. Daher ist Foot als letzte Bremse gegen diese Linksentwicklung gewählt worden, und die Presse schürt Illusionen in seine Politik.



Foots Rolle im gegenwärtigen innerparteilichen Kampf soll die eines Vermittlers und Versöhnlers sein. Dafür ist es längst zu spät. Er kann höchstens zeitweilig Erfolg haben. Die innerparteiliche Polarisierung ist schon zu weit gegangen. Sie widerspiegelt die dramatische Verschärfung des Klassenkampfes, den schon die letzte Labour-Regierung nicht dämpfen konnte, der jedoch seit der Machtübernahme der "Räuberbraut" Thatcher erst richtig entfesselt wurde.

In der Partei sind die linken Kräfte schon seit Jahren auf dem Vormarsch. Die Rechten sind jetzt eine winzige Minderheit, die ihren letzten Rückhalt in den Labour-Fraktionen des Unterhauses und den verschiedenen kommunalen Parlamenten hat.

Warum haben dann die Linken sich nicht noch stärker durchgesetzt? Auf den Parteitagen haben die Führer der der Labour-Party angeschlossenen Gewerkschaften sechs Millionen Stimmen; die Parteimitglieder haben 600.000 . Die Stimmen einer Gewerkschaft werden von ihrer Führung als "Blockstimme" abgegeben, entsprechend der Mitgliederzahl der Gewerkschaft. Die Führer der fünf stärksten Gewerkschaften konnten auf diese Weise in der Vergangenheit fast nach Belieben eine Mehrheit aus der Tasche zaubern. Die Parteirechte stützt sich schon seit Jahren auf die Blockstimmen rechter Gewerkschaftsführer. Auch beim letzten Parteitag versuchten sie den Trick erneut. Ein Bündnis mehrerer gewichtiger Gewerkschaftsführer wollte sich gemeinsam mit den Abgeordneten der Demokratisierung der Partei entgegenstemmen. Die Presse war zuversichtlich.

Aber es kam anders. Unter dem Druck der Basis zerbrachen die meisten Absprachen. Innerhalb der Gewerkschaftsdelegationen fanden in den Pausen der Konferenz hitzige Debatten statt. Die Polarisierung der Partei strahlte auf die Gewerkschaften aus. Mehrere rechte Gewerkschaftsführer mußten unter dem Druck von unten für die Reformen und linke Vorstandskandidaten stimmen. Die Rechten erlitten eine entscheidende Niederlage. Die Demokratisierung der Partei ist ein gutes Stück vorangekommen. Der Kampf um die Demokratisierung der Gewerkschaften wird jetzt beginnen. Die Basis der Gewerkschaften wird zunehmend ihre demokratische Kontrolle über die Blockstimmen auf dem Parteitag durchsetzen wollen.

Der größte Fortschritt auf dem Parteitag war die Satzungsänderung, die vor jeder Parlamentswahl eine erneute Wahl des Labour-Kandidaten durch seinen örtlichen Unterbezirk bindend vorschreibt. Als Folge davon werden vor der nächsten Wahl wahrscheinlich mehr als hundert rechte Abgeordnete durch linke Kandidaten ersetzt. Die rechten Karrieristen fühlen ihre bequemen Pöstchen in der Partei stark bedroht - und mit Recht. Sie diskutieren jetzt die Möglichkeit, eine neue unabhängige "Sozialdemokratische Zentrumspartei" zu gründen, um ihre politische Zukunft zu sichern. Die Rechten sind über diesen Vorschlag jedoch unter sich gespalten und einige werden bestimmt in der Labour-Party bleiben. Aber die anderen sehen die Zentrumspartei als eine Rettung für ihre Karrieren. Die Kapitalisten haben immer die Rechten in der Partei unterstützt: z.B. hat seit 1976 der rechte "Labour + Trade Union Press Service" mehr als 32.335 Pfund von der NATO gekriegt. Die Kapitalisten werden ohne Zweifel auch diese Zentrumspartei finanziell unterstützen; man hat ihr schon mehr als acht Millionen Pfund versprochen. Die Hauptsache ist aber, daß diese Zentrumspartei keine politische Alternative gegen die Tories (Konservative) wird anbieten können. Jeder Erfolg, den die Zentrumspartei haben mag, wird also nur kurzfristig sein.

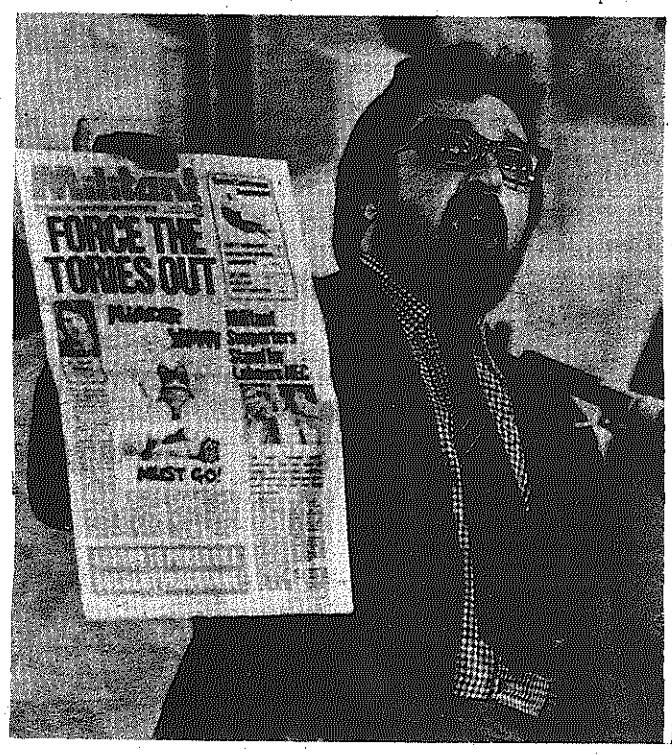
Die große Mehrheit der Partei unterstützt die Linksreformisten um Benn. Sie haben ein utopisches Reformprogramm. Wenn die Basis sieht, daß dieses Programm das Kapital nicht entmachten kann, dann wird sie ein solches Programm suchen, was dies schaffen kann. Ein solches Programm haben nur die Marxisten um die Zeitung MILITANT anzubieten. Die Anhänger von MILITANT sind die treibende Kraft der Linken in der Labour Party. Sie haben nicht nur die einzige Politik, die eine sozialistische Umwandlung der Gesellschaft durchführen kann, sie sind inzwischen auch zum Rückgrat des linken Flügels der britischen Arbeiterbewegung geworden. Ohne diese marxistische Tendenz hätte es auf dem Parteitag keine solchen Fortschritte gegeben. Die Reformisten um Benn sind immer zu kompromißbereit gewesen.

Die Rolle des Vertreters der LPYS (Jungsozialisten) im Parteivorstand, Tony Saunois, war entscheidend. Er organisierte Fraktionssitzungen der Linken im Vorstand und setzte sie unter Druck, keine Kompromisse zu schließen. Auf dem Parteitag selbst waren die Marxisten die besten Redner und erhielten den größten Beifall.

Die Marxisten um MILITANT haben auch bewiesen, daß es möglich ist, die Labour Party in eine kämpferische Massenpartei umzuwandeln. Die Labour Party Young Socialists (LPYS), unter denen die Marxisten eine große Mehrheit haben, durften im Februar '80 eine Fernseh-Werbesendung der Partei mit einem Teil ihres Programms gestalten. Innerhalb einer Woche nach dieser Sendung erhielt die Labour Party mehr als 2.000 Beitrittserklärungen neuer Mitgleider - ein Rekord! Sie haben auch am fleißigsten die erfolgreiche Demonstration der Labour Party gegen Arbeitslosigkeit in Liverpool (150.000 Teilnehmer) im November vorbereitet und dafür mobilisiert.

MILITANT hat bewiesen, daß es mit einem marxistischen Programm möglich ist, in der Labour Party massenhafte Unterstützung zu bekommen. Die Parteibasis will die Partei in eine demokratische sozialistische Massenpartei umwandeln. Dieser Prozeß kann - und wird - auch in der SPD wiederholt werden. Es ist ein Prozeß, der eine absolute Vorbedingung für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft ist.

VON KURT PFEIFLE
UND KEVIN MILES



Letzte Meldung:

Der oben erwähnte Sonderparteitag hat am 24. Januar beschlossen, den Parteiführer von einem Wahlmännergremium wählen zu lassen, das wie folgt zusammengesetzt ist:

* 40% der Stimmen für die Delegierten der Gewerkschaften
* 30% der Stimmen für die Delegierten aus den Wahlkreisorganisationen der Partei
* 30% der Stimmen für die Parlamentsfraktion

Dies stellt einen eindeutigen Sieg der Parteibasis dar. Die rechten Pöstchenjäger erlitten eine eindeutige Niederlage. Jetzt sind ihre Vorbereitungen für eine Abspaltung sehr konkret geworden: 4 ehemalige Minister haben gemeinsam mit einem Dutzend Parlamentsabgeordneten einen sogenannten "Rat für soziale Demokratie" gegründet, als Vorstufe für eine im Frühjahr zu gründende "Mittelpartei". Ein letztes Aufbäumen hat den Rechten nichts genutzt. Außerdem erlitt der neue "linke" Parteiführer Foot eine persönliche Niederlage: seine letzten verzweifelten Kompromißangebote wurden sowohl von den bereits fest zur Spaltung entschlossenen rechten Verrätern, wie auch von der Parteitagsmehrheit eindeutig zurückgewiesen. Der Weg zu einem radikalen sozialistischen Programm für die Labour Party ist jetzt frei!

Ausländer in der Bundesrepublik:

SÜNDENBÖCKE FÜR DIE WIRTSCHAFTSKRISE?

Keine Spaltung der Arbeiterbewegung!

Ausländer zu sein ist nicht leicht. Vor allem in der BRD. Vielen Leuten wird dies erst bewußt, wenn sie über Fernsehen oder Zeitung die Auswüchse des Ausländerhasses zu spüren bekommen. Brandanschläge auf ausländische Läden und Geschäfte, Bombenlegung und Brandstiftung in Ausländerunterkünften.

In der Wahlkampfzeit hörte man viel über Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und andere soziale Probleme. Manche Leute meinen, solche Dinge seien von Ausländern verursacht. Als ob solche Probleme nie existierten, bis man "die herbeiholte". Wirtschaftliche Schwierigkeiten, die Pleite des Sozialstaates, all das wäre auch passiert, wenn "die geblieben wären, wo sie hingehören".

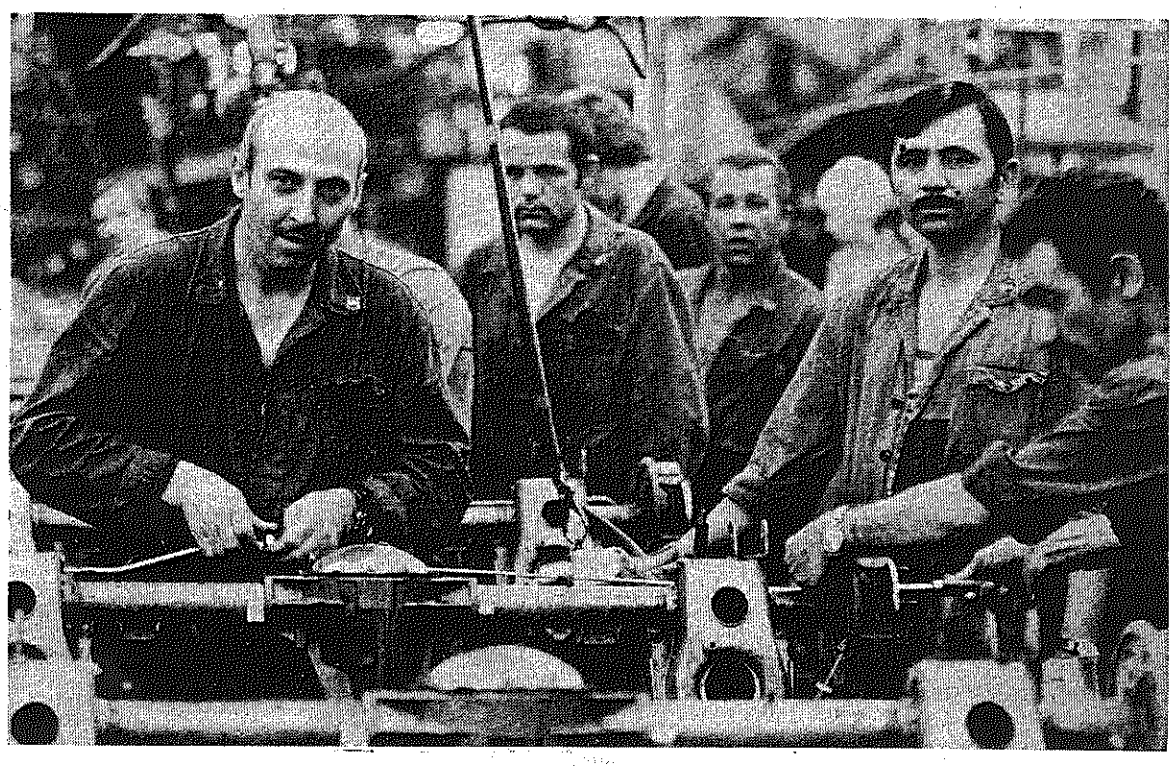
Doch trotz dem ziemlich laut geäußertem Haß gegen Ausländer sind die Faschisten eine kleine Minderheit mit dem Ziel, die (ausländische) Bevölkerung zu terrorisieren und zu verunsichern. Der große Wirbel um den Zuzug von Aslybewerbern und das Gerede, daß die Mehrheit der Bewerber nur "Scheinasylanten" oder "Wirtschaftsflüchtlinge" sind, hat den Neo-Faschisten Mut gemacht, ihre Angriffe zu verschärfen. Denn, wie die Hannover aner Presse sagte, läuft seit langem eine Art "Kristallnacht auf Raten".

Die Neo-Faschisten sind schwach. Aber sie wissen, daß Ausländerhaß seine Wurzeln in der Angst hat. Teilweise ist es Angst vor Unbekanntem und Fremden. Meistens ist es aber verschärfter Rassismus und Angst um seine eigene Existenz, Wohnprobleme, Arbeitslosigkeit, die Misere der Gettos, die zunehmenden Sparprogramme der Regierung, die Schulen mit ausländischer Mehrheit usw. Das Wirtschaftswunder und die "fetten Jahre" sind vorbei. Einige wollen, daß die Ausländer jetzt als Sündenböcke hingestellt werden für alles, was als Folge der geschwächten Wirtschaft passiert.

Die Ausländer leiden mehr als jeder andere Teil der Bevölkerung unter der Krise. Schon jetzt fehlen über eine Million Wohnungen, etwa 15% davon werden von Ausländern gesucht. Das bedeutet, daß sie viel eher obdachlos sind als Deutsche. (Die 4,6 Mio. Ausländer machen 6,8% der Bevölkerung aus.) Ausländer zahlen fast 100% mehr Miete und kriegen dafür die schlimmsten Wohnungen. Eine Gettosituation entwickelt sich, wobei man sagen muß, daß die Klage, "Ausländer wollen unter sich bleiben und bilden dadurch Gettos" so nicht stimmt.

Eine Umfrage des Magazins "Stern" hat ergeben, daß nur 23% der Ausländer überwiegend unter Landsleuten wohnen wollen. Daß sich ganze Stadtteile zum Konzentrationsgebiet für Ausländer entwickeln, ist kein Zufall, meistens sind dies sowieso Arbeiterviertel, wo diese Probleme längst existierten.

In Hamburg Altona-Altstadt und Altona-Ottensen, wo 12,6% bzw. 12,8% der Bevölkerung Ausländer sind, haben in Altstadt ein Drittel der Wohnungen kein eigenes Bad oder Innentoilette, in Ottensen sind sogar 88% der Wohnungen ohne Bad oder Dusche.



AUSLÄNDISCHE UND DEUTSCHE ARBEITER MÜSSEN ZUSAMMEN FÜR EIN BESSERES LEBEN KÄMPFEN

Aus der Not machen die Vermieter ihre Gewinne. Diese vermitteln Wohnungen, die unbewohnbar sind - verfaulte, feuchte Löcher, die nur obdachlose, verzweifelte Ausländer nehmen würden. Nur 1% der Ausländer in Hamburg bekommen eine Neubauwohnung. Wer bleibt denn in diesen Gettos außer Ausländern, Studenten, Arbeitslosen und Rentnern? Ist es denn nicht logisch, daß sich mit gleichzeitiger Armut und Ausbeutung ein Krisenherd entwickelt? Was wird dagegen getan? Statt Sozialwohnungen zu bauen, wird in den kommenden Jahren weiter eingespart.

Auch in der Ausbildung, wo ausländische Kinder aufgrund von Sprachschwierigkeiten Hilfe brauchen, ist nicht genug getan worden, um die Probleme zu lösen. 75% der Kinder erreichen nicht den Hauptschulabschluß, was ihre Chancen wesentlich verschlechtert. 80% der jugendlichen Ausländer bekommen keine Lehrstelle. Nur 0,6% besuchen die Realschule oder ein Gymnasium. Ein Grund dafür, aber durchaus nicht der einzige, daß 12% der Arbeitslosen Ausländer sind.

Für den Kapitalismus gleichen die Arbeitsemigranten auf bequeme Weise den Arbeitskräftemangel aus. Die Ausländer nehmen strapaziöse Arbeit an, machen Schichtarbeit und regelmäßig Überstunden, arbeiten an Fließbändern, tun monotone Arbeit und verdienen durchschnittlich weniger als die meisten Deutschen. Während einer Rezession haben die Ausländer es aber schwerer, (neue) Arbeit zu finden.

Nicht nur in der BRD ist Arbeitsemigration wichtig gewesen. In der BRD und England ist einer von sieben Handarbeitern ein Einwanderer. In Frankreich, der Schweiz und Belgien sind etwa 25% der Industriearbeiter Ausländer. In der BRD arbeiten 30.000 Ausländer für Daimler-Benz unter körperlich anstrengenden Bedingungen.

In den 60er und 70er Jahren waren sich Politiker und Unternehmer einig: das Wirtschaftswachstum braucht diese Arbeitskräfte. Sie waren auch billig im Vergleich zu europäischen Arbeitskräften, denn Emigration bedeutet "Transfer eines wertvollen ökonomischen Gutes", menschlicher Arbeitskraft, aus den armen Ländern in die reichen. Wirtschaftswissenschaftler sprechen manchmal von "Emigration als Kapitalexport". Man schätzt, daß die Erziehung, der Preis für das Überleben eines Emigranten bis zum 20. Lebensjahr, die Volkswirtschaft seines Heimatlandes etwa 12.000 DM gekostet hat.

In den entwickelten Ländern Europas würde es zwischen 48.000 und 96.000 DM kosten. Auf diese Weise unterstützen die armen Länder die Wirtschaft der entwickelten Länder. Hauptsächlich kommen Ausländer aus unterentwickelten Ländern, und sie sind meistens Bauern, die es besonders schwer haben, sich in den westlichen Industrieländern zu integrieren.

Früher haben die meisten Einwanderer nie daran gezweifelt, daß sie irgendwann zurückkehren würden. Aber auch zu Hause nimmt die Arbeitslosigkeit weiter zu. 1967 gab es in der Türkei eine Million Arbeitslose und vier Millionen Bauern, die nur während der Erntezeit beschäftigt waren. Heute gibt es 6 Mio. Arbeitslose. 1967 waren 250.000 Türken Arbeitsemigranten, heute sind es fast 2 Mio., davon fast 1,2 Mio. in der BRD.

1973 glaubte die Hälfte der türkischen Emigranten, daß sie zurückkehren würden. Drei Jahre später glaubten nur noch 13% daran. Heute sind es sicherlich noch weniger. In Hamburg wohnen 80% der Türken schon 5-10 Jahre in der BRD. (Was auch zeigt, wie wirksam der Ausländerstopp seit November '73 gewesen ist.)

Der einzige Zuwachs von Ausländern ist durch die steigende Zahl von politischen Asylanten bedingt, wobei sehr viel über den "Mißbrauch des Asylrechts" geredet wird. Aber wie ein türkischer Metaller sagte: "Jeder, der sein Land wegen Arbeitssuche verläßt, ist ein politischer Fall. Der flieht vor ökonomischen Verhältnissen, die nicht von ihm verursacht wurden, sondern von einem politischen System." Eines stimmt auf jeden Fall: man kann sagen, daß tausende von Asylanten, die in die BRD gekommen sind, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot weder verursacht oder verschlimmert haben.

Es ist auch nicht leicht, das Asylrecht durchzusetzen. Manche Bundesländer machen Schwierigkeiten, wie z.B. Hamburg. Die Einrichtung von Sammellagern kann man nur menschenunwürdig nennen. (Sammellager existieren bereits in jedem Bundesland außer in Hamburg.) Bayern hat sogar vorgeschlagen, daß Grenzbeamte über Asylanträge entscheiden sollen. Begründung: die Bewerber mußten bisher sechs bis neun Monate auf eine Entscheidung warten. Es ist auch schwer zu beweisen, daß man ein politisch Verfolgter ist oder daß man wegen seiner politischen Meinung benachteiligt wird.

Nicht nur in der Türkei, Äthiopien, Pakistan usw. wird man benachteiligt, auch in der BRD zählen politische Meinungen, kulturelle Unterschiede und Hautfarbe als Vorwand für zukünftige Vermieter, Arbeitgeber und Behörden. Probleme mit Arbeit und Wohnungssuche haben natürlich nicht nur Ausländer. Aber sie werden wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Ausländerhaß und Diskriminierung werden aber nur durch eine konkrete Lösung der sozialen und politischen Ursachen und nicht durch Predigen von Brüderlichkeit abgeschafft. Die Mißverständnisse und Schwierigkeiten, die auftauchen, in denen sich das tägliche Leben widerspiegelt, sind ein Anzeichen für eine Gesellschaft, wo Menschen wie tote Gegenstände geschätzt werden und wo die Unterschiede unter den Menschen betont werden. Dies alles soll Solidarität und Einheit der Arbeiterklasse verhindern.

Der Ausländerhaß schadet nicht nur den Ausländern selbst, sondern auch der Arbeiterklasse insgesamt. Ausländer sind Arbeiter, die hier hergekommen sind, um Arbeit zu suchen und um ein besseres Leben zu führen. Unter dem Kapitalismus ist dies weder in der Heimat noch hier möglich. Kollegen, wir müssen uns einigen. Ausländische Kollegen sollen auch ihre Rolle in den Organisationen der deutschen Arbeiterklasse spielen, denn es gilt das Ziel zu erreichen: ein gutes Leben und eine gerechte und demokratische Gesellschaft für alle arbeitenden Menschen!

SUE POWELL
SPD-MITGLIED
HAMBURG ALTONA-MITTE

Doppelte Ausbeutung

FRAUEN IN DER ARBEITSWELT

Weniger Lohn– bei gleicher Arbeit

Dies ist der erste Artikel in VORAN, der sich mit dem Thema Frauen beschäftigt. Wir gehen auch bei diesem Thema vom Klassenstandpunkt aus: denn für die Arbeiterin trifft das zu, was auch für die ganze Arbeiterklasse gilt. Trotzdem nimmt sie im Proletariat eine besondere Stellung ein: wo Ausbeutung herrscht, wird sie doppelt ausgebeutet.

Die Frau wird grundsätzlich nur als minderwertige Arbeitskraft anerkannt. Das hat verschiedene Gründe:

- Frauen arbeiten hauptsächlich als "Zuverdiener" zur Aufbesserung des Lebensstandards der Familie.
- Frauen arbeiten "nur" die 15 Jahre ab, die für einen späteren Rentenanspruch notwendig sind.
- Junge Frauen arbeiten nur bis zur Eheschließung oder bis zur ersten Schwangerschaft.

Diese Punkte kriegen wir als "Argumente" von den Unternehmern dann zu hören, wenn wir Arbeit suchen, wenn wir höhere Löhne verlangen, wenn sie uns die Ausbildung in qualifizierten Berufen verwehren wollen, die meist Männern vorbehalten werden oder wenn wir uns beruflich weiterbilden wollen.

Bei der oben angeführten "Argumentation" sind allerdings Ursache und Wirkung verdreht. Wir ziehen uns nicht etwa "aus natürlicher Veranlagung zum 'Beruf' der Ehefrau und Mutter" aus dem Berufsleben zurück, sondern wir werden geradezu herausgedrängt.

Werden Frauen und Mädchen den Männern oder Jungen bevorzugt, so liegt das sicher nicht an einer emanzipatorischen Regung der Unternehmer, sondern daran, daß wir billigere Arbeitskräfte sind. Frauenarbeit wird um etwa ein Drittel geringer entlohnt als Männerarbeit. Von 1970 bis 1977 verringerte sich die Differenz zwar prozentual, nahm aber absolut gesehen zu: 1970 machte der durchschnittliche Stundenlohn der Industriearbeiterinnen 69,1% der vergleichbaren Männerlöhne aus, 1977 waren es 72,6%. Allerdings: Im Juli 1978 verdienten Industriearbeiterinnen im Durchschnitt 9,24 DM pro Stunde, die männlichen Kollegen brachten es auf 12,68 DM; das macht also 3,44 DM Unterschied. 1970 betrug der Unterschied 2.- DM. Sogar Facharbeiterinnen verdienen im Schnitt weniger als männliche Hilfsarbeiter. Im Juli 1978 verdienten männliche, ungelernte Arbeitskräfte der Leistungsgruppe III im Durchschnitt 10,76 DM pro Stunde, ausgebildete weibliche Fachkräfte der Leistungsgruppe I verdienten durchschnittlich 10,08 DM pro Stunde.

LEICHTLOHNGRUPPEN

Am 15. Januar 1955 entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG), daß die bisher üblichen Frauenlohngruppen gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes verfassungswidrig seien. An ihrer Stelle wurden darauf "Leichtlohngruppen" eingeführt. Diese sollen die Entlohnung für "leichte" Arbeiten regeln. Das BAG hatte keinerlei "rechtliche Bedenken" dagegen, "daß die Frauen alsdann geringer entlohnt werden, weil gerade sie es sind, die leichtere Arbeit oder die überwiegend leichtere Arbeit leisten. . ."

Wir Frauen wurden in der Folgezeit zwar in der Regel in diese "Leichlohngruppen" eingeordnet. Aber führen wir wirklich leichtere Arbeiten aus als die Männer? Der Begriff der "leichteren und schwereren Arbeit" trifft in Bezug auf die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in der Praxis nur da zu, wo es sich um geistig anspruchsvollere oder weniger anspruchsvolle Arbeit handelt. Tatsächlich scheut sich kein Unternehmer, auch Frauen körperlich anstrengende Arbeit ausführen zu lassen.

Bisher arbeiteten noch viele Frauen in Teilzeitberufen, die aber zum größten Teil der Rationalisierung zum Opfer fallen. In Zeiten des kapitalistischen Aufschwungs war es noch verhältnismäßig leicht, nach der Entlassung einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Diese Zeiten sind aber längst vorbei. Während der jetzt andauernden und sich verschärfenden internationalen Krise des Kapitalismus ist dies viel schwieriger. Wir Frauen haben dabei die weitaus größten Schwierigkeiten. Manche melden sich erst gar nicht arbeitslos, sondern ziehen sich gleich in den Haushalt zurück. Andere, die entschlossen sind, weiterzuarbeiten, bekommen auf dem Arbeitsamt oder von den Unternehmen die Empfehlung, das Gleiche zu tun. So geben auch viele von ihnen die Bemühungen auf.

Durch die ungleiche Entlohnung wird die Arbeiterklasse künstlich gespalten, was sich die Kapitalisten zunutze machen, um innerhalb der Arbeiterklasse das Konkurrenzdenken zu schüren: Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts wurden Männer entlassen und stattdessen Frauen eingestellt, die für ein Drittel der Männerlöhne arbeiteten. Damals konnten die Kapitalisten die Männer erpressen; waren sie mit den Arbeitsbedingungen nicht einverstanden oder forderten sie mehr Lohn, konnte der Unternehmer drohen, sie auf die Straße zu setzen und Frauen einzustellen, die sich weniger wählerisch verhielten. In neuerer Zeit bedient man sich ähnlicher Taktik, nur daß heute mehr die Ausländer die Rollen der Frauen von damals übernehmen.

Daß Ausländer, Deutsche, Jugendliche in der Arbeiterklasse einen gemeinsamen Kampf führen müssen, ist den meisten Kollegen und Genosssen in Gewerkschaft und SPD schon klar. Nur uns Frauen hat man immer vernachlässigt. Sicher sind die Kollegen keine geborenen Frauenfeinde. Wir müssen uns im DGB und in der SPD organisieren. Und dort die Männer für den gemeinsamen Kampf um die Verwirklichung der Interessen der ganzen Arbeiterklasse zu mobilisieren. Die doppelte Unterdrückung der Frau hört erst auf, wenn die Unterdrückung auch für die Männer aufhört!

* Für einen garantierten Mindestlohn von 1.400,- DM netto für beide Geschlechter!
* Abschaffung der Leichtlohngruppen!
* Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich! Davon würden gerade wir Frauen profitieren, denn wenn die vorhandene Arbeit auf alle gleichmäßig aufgeteilt wird, können auch die Frauen wieder vermehrt berufstätig sein.
* Ausreichende und kostenlose Kindertagesstätten und Ganztagsschulen!

IRIS CIRKEL
MITGLIED DER ÖTV
REMSCHEID

Poststreik im November 80:

VIELE ERFAHRUNGEN GESAMMELT

Schichtdienst auf Kosten der Gesundheit

"Der Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter ist geschafft. Es hätte jedoch mehr dabei herauskommen können; ich bin nicht ganz zufrieden. Aber immerhin - ein Anfang ist gemacht, und wir als Deutsche Postgewerkschaft (DPG) haben bewiesen, daß wir keine Standesorganisation sind, sondern auch kämpfen können. Das ist vielleicht das wichtigste bei dem ganzen Streik gewesen. Die Kollegen sind wacher geworden. Sie werden sich in Zukunft nicht so leicht auf der Nase herumtanzen lassen."

Dies war die Meinung eines Postkollegen nach dem DPG-Streik im letzten November.

Daß viele Kollegen das Ergebnis nur als einen Teilerfolg betrachten, wurde auch bei der entscheidenden Urabstimmung deutlich: Von rund 130.000 abstimmungsberechtigten Arbeitern und Angestellten beteiligten sich nur noch ca. 90.000 an der zweiten Urabstimmung, dies entspricht einer Wahlbeteiligung von rund 69%. Davon stimmten 46.200 Kollegen (52%) mit "ja". Gemessen an der Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten haben somit nur 35% aktiv "ja" gesagt. (Zum Vergleich: Bei der ersten Urabstimmung hatten sich 106.000 DPG-Mitglieder beteiligt (81%), wovon 97.000 für den Streik stimmten).

In der Vorstandsetage der DPG in Frankfurt liefen während der Endphase die Telefone heiß. Viele Mitglieder und Funktionäre protestierten gegen einen sich abzeichnenden Tarifabschluß, der vom Volumen her nur 8% der ursprünglichen Forderung durchsetzte. In den Funktionärsgremien vor Ort entwickelten sich harte Auseinandersetzungen.

Die DPG hatte gefordert, daß jede Arbeitsstunde eineinhalbfach zählt, die in der Nachtzeit zwischen 20.00 Uhr abends und 6.00 Uhr morgens geleistet wird. In Freischichten übertragen, die im Dienstplan zu berücksichtigen wären, hätte dies bis zu 36 Freischichten jährlich ergeben. Erreicht wurden maximal 5 Freischichten für Kollegen über 55 Jahre.

Bei der Bundespost arbeiten mehr als ein Drittel der 450.000 Beschäftigten im Schichtdienst. Davon sind die meisten Frauen. Schichtdienst geht auf Kosten der Gesundheit. Dies zeigt ein arbeitswissenschaftliches Gutachten des Bundespostministeriums: Darin wird darauf hingewiesen, daß fast 77% (!) der im "einfachen Dienst" beschäftigten (dort wird besonders viel Schichtarbeit geleistet) v o r Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren in den Ruhestand treten müssen. Im "mittleren Dienst" sind dies immerhin noch 53%, im "gehobenen Dienst" 33% und im "höheren Dienst" nur 2,7% der Beschäftigten. Nachtschichtarbeiter(innen) sind am häufigsten krank: ihr durchschnittlicher Krankenstand beträgt fast 20%.

"Die Arbeit im Nachtumschlag eines Paketpostamtes ist Schwerstarbeit. Alles geht im Akkord. Da gibt es kaum Unterschiede zu einem Industriebetrieb", erzählte einer der Streikenden. - "Wir wollen unsere Knochen nicht ewig hinhalten, wir brauchen einen Ausgleich in Form von mehr Freizeit, zumal unter der Schichtarbeit unser Familienleben leidet."

"POSTTARIF KOSTET DEN STEUERZAHLER EINE HALBE MILLIARDE", lauteten nach dem Abschluß die Schlagzeilen. In Wirklichkeit tun die Freischichten der Post nicht besonders weh: Erstens erzielt die Post seit Jahren beträchtliche Gewinne. 1978 waren es 2,1 Mrd. DM! Und zweitens wurde vor kurzem der übertarifliche "Winterzusatzurlaub" im gesamten öffentlichen Dienst zusammengestrichen. Bis zu 5 zusätzliche Urlaubstage konnte bisher jeder kriegen, der seinen Urlaub (oder einen Teil davon) im Winterhalbjahr nahm. Daß dieses jetzt weigehend wegfällt, wurde in der Presse verschwiegen! Dadurch wird der Teilerfolg des Streiks beträchtlich geschmälert.

Außerdem steht zu erwarten, daß das Bundespostministerium den Tarifabschluß auf die anstehende Lohn- und Gehaltsrunde im Frühjahr anrechnen will.

Ein besonderes Problem für Gewerkschafter im öffentlichen Dienst wurde während des Streiks schlagartig beleuchtet: das reaktionäre Dienstrecht für Beamte. Dieses erlaubt, Beamte als Streikbrecher einzusetzen." Auf die Beamten wurde von oben massiver Druck ausgeübt. Sie wurden unter Entlassungsandrohungen zur Arbeit gezwungen. Das hat letztlich unseren gesamten Streik kaputtgemacht. Im Postamt Düsseldorf II haben höhere Beamte Streikbrucharbeiten geleistet. Die ganze Nacht haben die schwitzend Pakete geschleppt und den Betrieb am laufen gehalten. Wir als DPG waren nicht konsequent genug. Aber solange wir als DPG nicht in der Lage sind, Beamte in den Streik einzubeziehen, können wir keine Forderungen durchsetzen", erklärte uns nach dem Streik ein Wuppertaler DPG-Jugendvertreter.

Deshalb bleibt nur eine Konsequenz: die Gewerkschaften müssen im gesamten öffentlichen Dienst ein einheitliches Dienstrecht durchsetzen, das die Trennung zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten aufhebt. Bereits während des Streiks haben sich viele Beamte geweigert, ihren Dienstbereich zu verlassen, um Streikbrucharbeiten zu leisten, wie dies von Bundespostminister Gscheidle (SPD) angeordnet wurde. (Gscheidle war übrigens auch mal stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, ist immer noch DPG-Mitglied, hat aber jetzt ganz offensichtlich die Seiten gewechselt.)

Der Streik war für die Postgewerkschaft ein Fortschritt in ihrer Entwicklung. Er zeigt, daß in der Zukunft auch solche Gewerkschaften zum Kämpfen gezwungen sein werden, von welchen dieses vor einigen Jahren nur wenige Leute erwartet hätten. Die Mitglieder werden in diesen Kämpfen wichtige Erfahrungen sammeln. Sie werden ihre führenden Funktionäre mehr und mehr auf die Probe stellen. Wo eine Führung den Test nicht beteht, wird sie unter dem Druck von unten erneuert werden. Auf diese Weise werden in den nächsten Jahren auch verkrustete Apparate aufgelöst und die Gewerkschaften durch ihre Mitglieder wieder zu Kampforganisationen umgewandelt werden. . .

KURT PFEIFLE
SPD-MITGLIED
REMSCHEID

SCHWERSTARBEIT IM SCHICHTDIENST BEI DER POST MACHT KAPUTT

Alltag bei der Bundeswehr

„Arbeiter in Uniform" zählen Tage bis zur Entlassung

In letzter Zeit ist in der Öffentlichkeit eine heftige Diskussion über Sinn und Zweck von öffentlichen Rekrutenvereidigungen entbrannt. Im Mittelpunkt der Kritik steht die überzogene Demonstration militärischer Stärke. Die kalte Tötungsmaschinerie, bedient durch eine Handvoll gefühlsloser Technokraten und - so haben viele den Eindruck - durch Schleifen und Kadavergehorsam willfährig gemachte Soldaten, flößt so manchem, der das Kasernenleben nicht von innen kennt, Angst ein. Doch die nach außen publikumswirksam verkaufte Stärke der Bundeswehr läßt noch keine Rückschlüsse auf die wirkliche innere Stärke und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu.

Von den 490.000 Soldaten der Bundeswehr sind gut 240.000 Wehrpflichtige. Hierunter stellen Jungarbeiter die größte Gruppe dar. Die meisten von ihnen stehen der Bundeswehr reserviert bis ablehnend gegenüber:

* So bedeutet die 15-monatige Wehrdienstzeit einen großen Lohnverlust. Der Sold (monatlich 200 bis 300 DM) stellt oftmals, verglichen mit dem früheren Verdienst, ein besseres Taschengeld dar.
* Die lange Arbeitszeit (60-Std.-Woche), aufreibender Dienst und tristes Kasernenleben fördern den Frust. Da es keine Möglichkeit gibt, auf den Dienstplanablauf Einfluß zu nehmen (mal abgesehen von der Alibi-Funktion des Vertrauensmannes), versucht jeder individuell, möglichst unbehelligt seine 15 Monate abzureißen.

Diese Einstellung spiegelt sich z.B. in einem regelrechten Wettbewerb wieder, bei dem es darum geht, wer sich am besten "abseilen" (d.h. vor dem Dienst drücken) kann. Es gibt keine Wache, wo nicht mindestens acht Wachvergehen begangen werden: es wird während der Wache gegessen, getrunken und geraucht. Man verläßt den vorgeschriebenen Weg, um ein Nickerchen zu machen, die Waffe wird je nach Lust und Laune vorschriftsmäßig teilgeladen und gesichert. Man unterhält sich und geht nicht in drei Meter seitlich versetzten Abstand.

Da es keine offizielle Möglichkeit für Mannschaftsdienstgrade gibt, sich gegen die oftmals uneinsichtigen Befehle zu wehren und den durch die Arbeits- und Lebensbedingungen aufgestauten Frust abzureagieren, werden andere Möglichkeiten gefunden, den Aggressionen Luft zu machen: Es werden Spinde angesengt, Waffen nach der Gefechtsausbildung nur oberflächlich und oftmals mit Wasser (Rost!) gereinigt. Stoffbrüchige Arbeitsanzüge werden kurzerhand ganz zerrissen - so kann man wieder eine Stunde auf der Kleiderkammer zubringen und bekommt einen neuen Arbeitsanzug.

ALKOHOL ALS SEELENTRÖSTER

Das Ansehen eines Soldaten ergibt sich aus seiner Fähigkeit, nicht nach oben aufzufallen, Die Dienstteilnahme auf das absolut notwendige Maß zu beschränken. Es gibt regelrechte Meilensteine auf dem Weg vom Koffer (frisch Eingezogenen) bis zu Reservisten: so die mehrmals erlangte Bescheinigung der Außendienstunfähigkeit durch den Stabsarzt (wobei man sich natürlich im Großen und Ganzen bester Gesundheit erfreut), die öftere Einteilung für Sonderaufträge, oder sich außerhalb der Kaserne in ärztliche Behandlung zu begeben, z.B. zum Zahnarzt. Man erzählt der Arzthelferin, daß man am heutigen Tage leider nicht könne, läßt sich einen neuen Termin geben. Dies dauert vielleicht zehn Minuten. Anschließend verbringt man die Zeit, die für eine Behandlung notwendig gewesen wäre, in der Stadt - unbeaufsichtigt.

Das Lieblingsritual der Wehrpflichtigen ist die allmorgentliche lautstarke Bekanntgabe der Tageszahl, also der Anzahl der noch abzuleistenden Diensttage. Was könnte die ablehnende Haltung der Jugend gegenüber der Bundeswehr besser zum Ausdruck bringen.

Der Frust, der sich hinter der kalten Waffentechnik verbirgt, ist nicht nur auf die Mannschaftsdienstgrade beschränkt. So wirkt sich beispielsweise der Beförderungs- und Verwendungsstau bei den Hauptleuten sehr entmutigend aus. Die Unteroffiziere (Uffze) erhalten indirekten Druck von der Mannschaft und dem Kompanie-Chef. Das einzig Verbindende zwischen Mannschaftsdienstgraden, Unteroffizieren und Offizieren ist die gemeinsame Vorliebe für den Seelentröster Alkohol. Alkoholismus und Drogenkonsum sind denn auch ein Problem ersten Ranges für die Bundeswehr.

Zurück zu den Wehrpflichtigen: Man soll's nicht glauben, doch für sie gibt es auch durchaus beliebten Dienst, wie die Formalausbildung. Also gerade jene Marsch- und Antreteübungen, die für Außenstehende so verwegen wirken und mit oftmals lächerlich wirkenden Körperbewegungen verbunden sind. Letzteres empfinden die Wehrpflichtigen genauso, doch die Formalausbildung ist eine verhältnismäßige "saubere Angelegenheit".

Beliebt ist auch der Unterricht im allgemeinen und der beim Sicherheitsoffizier im besonderen. Bietet sich doch in der hinteren Reihe immer die Gelegenheit für ein Nickerchen.

Vor diesem Hintergrund sieht man die schimmernden Waffenrituale in einem ganz anderen Licht. Die Bundeswehr besteht eben nicht nur aus ein paar konservativen Generälen, die sich wieder aufspielen wollen, sondern hauptsächlich aus Soldaten, die beim Dienstantritt nur die Tage bis zur Entlassung zählen.

Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr im Krisenfall wird durch die Wehrpflicht schwer geschmälert, was gut ist. Durch sie werden die gesellschaftlichen Widersprüche auch in die Armee getragen. Auf dieser Grundlage könnten die Forderungen der Arbeiterbewegung schnell über die Mauern der Kasernen gelangen und Widerhall bei den "Arbeitern in Uniform" finden.

Unerträgliche Akkordhetze:

Man arbeitet wie Maschinen

Ein Kollege von Daimler-Benz berichtet

Diese ganze Akkordhetze kannst Du kaum noch ertragen. In den letzten Jahren ist es schlimmer geworden. Früher hatte wir eine halbe Stunde, um die Montagearbeit an einem Wagen zu verrichten, jetzt ist es nur noch eine Viertelstunde. Es bleibt Dir jetzt kaum noch Zeit, um überhaupt mit den Kollegen zu reden.

Wenn die den Akkord runtersetzen, dann natürlich nicht so offen. Auf der einen Seite kriegt man vielleicht eine 50%ige Erleichterung, dafür kommt aber auf der anderen Seite eine 80%ige Erschwerung hinzu. Unter'm Strich heißt dies mehr Hetze. Man arbeitet jetzt wie die Maschinen, nur um die Ruhepausen ein wenig ausdehnen zu können.

Montagearbeit am Band heißt auch, daß man meistens mit gebeugtem Rücken oder sonstigen Verrenkungen arbeitet. Fast alle haben es an den Bandscheiben. Vom Wachs bekommt man Handausschlag. Die Arbeit in Wechselschicht führt zu Magengeschwüren. Viele klagen auch über Appetitlosigkeit. Erschöpft kommst Du nach Hause, das Kind will was vom Vater, aber Du bist total ermattet. Manche Ehepaäre arbeiten in Gegenschicht und sehen sich so nur noch am Wochenende. in dieser Gesellschaft ist nur noch eines 'drin: arbeiten. Man wird alt, hat ein wenig Geld und kann was konsumieren, aber vom Leben hat man nichts, man ist total abgeschnitten. Die Arbeit ist heute vielleicht körperlich leichter, dafür ist aber die nervliche Anspannung viel größer als früher.

Auch in unserem Werk hier hat es in letzter Zeit weniger Neueinstellungen gegeben, dafür aber viel mehr Überstunden. Offiziell sind diese Überstunden "freiwillig", aber man steht unter derart starkem Druck: wenn Du zum Beispiel nicht ab und zu bereit bist, Überstunden zu machen, dann sind die Vorgesetzten stur und nicht bereit, Dir mal einen Tag Urlaub zu geben, wenn Du ihn brauchst. "Was machst Du denn zu Hause?", wollen sie wissen. Überhaupt hat sich das Verhältnis zu den Vorgesetzten sehr verschlechtert. Sie verhalten sich wie Sheriffs und reden kaum noch mit uns. Wir Arbeiter werden nicht mehr wie Menschen behandelt, sonden wie ein Werkzeug.

Der Druck, Überstunden zu machen, ist besonder groß, wenn man wie ich am Ort wohnt und nicht - wie viele andere - auf Busverbindungen oder Fahrgemeinschaften angewiesen ist. Aber selbst den Kollegen,die 30 oder noch mehr Kilometer weit entfernt wohnen, bietet man an, sie nach den Überstunden mit Werkswagen nach Hause zu fahren. Dies alles ist für die Firma immer noch billiger als die Einstellung neuer Arbeiter.

Daß sich das Klima im Betrieb so verschlechtert hat, hängt auch damit zusammen, daß die Kollegen allmählich auch hier Angst um den Arbeitsplatz haben. Vorgestern kam ein Kollege zu mir und war schrecklich am Schimpfen . Er berichtete, daß jetzt ein Mann die Arbeit bewältigen muß, die früher zwei Kollegen machten.

"Warum bist du nicht gleich zu mir gekommen, damit wir die Gewerkschaft und den Betriebsrat einschalten?" fragte ich ihn. "Nein, laß das, sonst kommt der Vorgesetzte. Der macht mich an, wenn er erfährt, daß ich reklamiere", antwortete der Kollege kleinlaut.

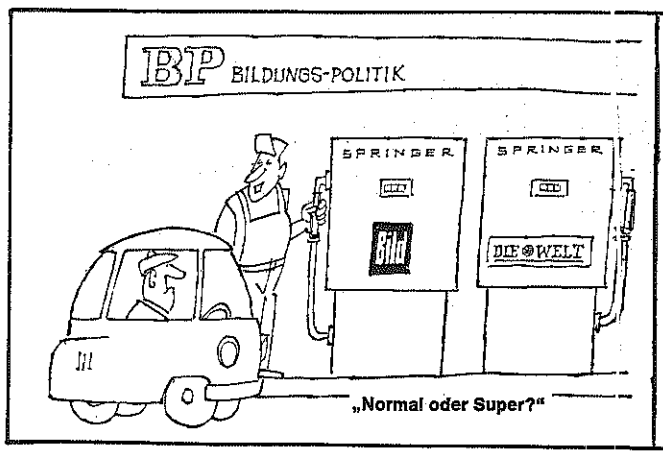
Die schwerste und anstrengendste Arbeit wird hier zum großen Teil von den ausländischen Kollegen gemacht. Wir waren einmal über 1000 Spanier hier im Werk. Heute sind es nur noch 307. Die anderen sind wieder nach Spanien zurück. Und da heißt es immer, die Ausländer würden einem angeblich die Arbeitsplätze wegnehme. Gerade am Band sind es die ausländischen Kollegen, die die meisten Jahre schon runterhaben. Die Deutschen machen sich immer noch die Hoffnung, eines Tages mal aufzusteigen. Aber wenn du mal so 10 oder 15 Jahre am Band stehst, da vergeht dir das Interesse, die Lust an der Arbeit. Du bist so abgestumpft und es ist dir fast schon egal, ob bei der Arbeit Schrott rauskommt oder nicht.

Unser Lebensstandard ist gesunken. Man muß anfangen zu sparen. Erst mal an der Kleidung: Die Kollegen sind jetzt nicht mehr so gut angezogen wie früher. Man ißt weniger oder schlechteres Fleisch, dafür mehr Eier und Salat. Ich fahre auch weniger mit dem Auto weg und bleibe jetzt mehr zu Hause.

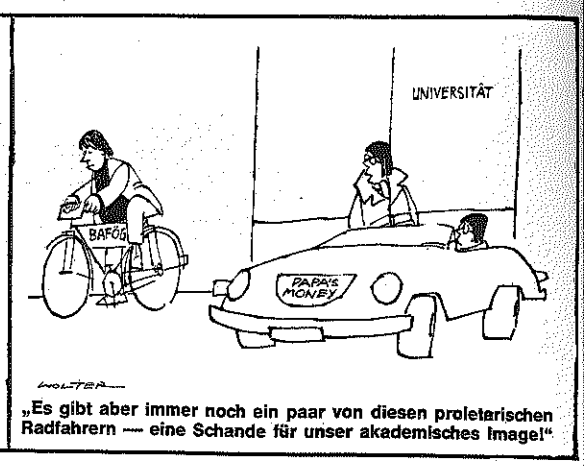
Im Betrieb sind wohl die meisten in der Gewerkschaft, aber mehr auch nicht. Die Leute kriegen ja auch immer nur gesagt, daß die Gewerkschaft so etwas wie eine Versicherungsgesellschaft ist. Für die einfachen Mitglieder gibt es keine Versammlungen. Die Vertrauenskörperleitung ist zu abgehoben, es kommt nie vor, daß da mal einer anruft oder vorbeikommt, um sich nach den Problemen am Arbeitsplatz zu erkundigen. In 10 Jahren hatten wir nur eine Bereichsversammlung. Die Kollegen sind gleichgültig geworden, und viele fragen sich dann: Was soll ich auf der Betriebsversammlung?

Selbst die Vertrauensleute kommen nur ungefähr viermal im Jahr zusammen. Sonst besteht auch kein Kontakt. Als wir vor der letzten Lohnrunde in der Vertrauensleuteversammlung über unsere Forderungen diskutierten, meldeten sich viele Kollegen zu Wort und sagten, daß mindestens 11-12% effektiv rauskommen müßten. Und was kam dann raus? 6,8% und große Enttäuschung. Wir müssen noch mehr kämpferische Kollegen dazu bringen, in der Gewerkschaft aktiv zu werden, damit die Gewerkschaft macht, was wir Mitglieder wollen. Hier im Sindelfinger Werk haben wir halt auch noch sehr viele Kollegen, die ein Eigenheim besitzen und nebenbei auch noch Landwirtschaft betreiben. Sie meinen dann, sie hätten etwas zu verlieren. Wenn du dagegen in der Stadt wohnst, irgendwo in einem Block und ohne Hausbesitz, ist das schon ein großer Unterschied.

VORAN



„Normal oder Super?"



„Es gibt aber immer noch ein paar von diesen proletarischen Radfahrern — eine Schande für unser akademisches Image!"

Bedarf an Führungskräften ist gesättigt:

ABBAU DES ZWEITEN BILDUNGSWEGS

Das Gerede von der „Chancengleichheit"

In jüngster Zeit kann man Tendenzen zum Abbau des zweiten Bildungswegs beobachten. Das macht sich unter anderem in einer prozentual abnehmenden Schülerzahl bemerkbar, die ihren Abschluß (Mittlere Reife oder Abitur) erreicht. Solche Erfahrungen zwingen uns, den zweiten Bildungsweg genauer zu betrachten.

Zu Beginn der 50er Jahre gab es noch so gut wie keine Möglichkeit, einen Abschluß über den zweiten Bildungsweg (Abendrealschulen und -gymnasien sowie Kollegs) zu erreichen. Erst als die Wirtschaft nach Führungskräften rief, begann man von staatlicher Seite, den zweiten Bildungsweg auszubauen und anzupreisen. Fritz Arlt, damaliger Geschäftsführer des Deutschen Industrieinstituts, sagte 1958: "Dem ständig wachsenden Bedarf in der Wirtschaft nach gut ausgebildetem Führungsnachwuchs kann nur entsprochen werden, wenn auch die Begabungsreserven gefördert werden, die mit dem ersten Bildungsweg nicht erfaßt werden können."

Der Erfolg blieb nicht aus: Betrug der Anteil der Absolventen des zweiten Bildungswegs an der Gesamtzahl der Abiturienten 1959 noch 0,8%, so waren es 1966 schon 4%.

Die Zahl der Schüler im zweiten Bildungsweg nahm und nimmt ständig zu, auch wenn mittlerweile der Bedarf an "Führungsnachwuchs" mehr als gesättigt ist. Hierzu einige Zahlen: In Hessen studierten im Schuljahr 1959/60 ganze 466 Erwachsene an Einrichtungen des zweiten Bildungsweges, im Schuljahr 1966/67 waren es bereits 1.581, im Jahr 1971/72 stieg die Zahl auf 2.856 und 1979/80 sind sogar 4.306 Schüler registriert worden. Auch die Verschärfungen der Lernsituatior haben nicht dazu geführt, daß die Zahl der Bewerber für Abendgymnasien und Kollegs gesunken ist. An den Zahlen sehen wir klar, daß der Andrang nach wie vor größer wird.

Aus welcher Motivation heraus (sozialer Aufstieg, soziale Emanzipation usw.) Erwachsene erneut die Schulbank drücken, ist bisher nicht genügend untersucht worden. Sicherlich wird bei vielen die soziale Emanzipation eine große Rolle spielen. Viele wollen aber auch sozial aufsteigen und werden, ohne es zu wissen, zu "Mittlern zwischen den Schichten" herangebildet. Theodor Litt, einer der "Förderer" des zweiten Bildungswegs, prägte diesen Ausdruck. Er wollte, daß die "Aufsteiger" in Führungsrollen die Ausbeutung der Arbeiterklasse vervollkommnen oder als Lehrer die herrschende Ideologie verbreiten. Er strebte also eine Führungselite an, gebildet aus den Reihen der Arbeiter, die - ihre Herkunft verleugnend - bei der Ausbeutung ihrer eigenen Klasse mithelfen sollte. In der Realität hat sich gezeigt: Wenn der Gedanke an sozialen Aufstieg allein ausschlaggebend für den Besuch des Abendgymnasiums oder des Kollegs war, dann hat Theodor Litt sein Ziel erreicht. Aber andererseits gibt es heute auch jene Arbeiterkinder in Führungsrollen, die nicht dem Elitedenken zum Opfer gefallen sind. Diese haben den Besuch der Schulen des zweiten Bildungswegs als Möglichkeit zur sozialen und politischen Emanzipation verstanden und benutzt; sie stehen auf der Seite der Arbeiterklasse.

Eine andere große Gruppe von Schülern des zweiten Bildungswegs sind diejenigen, die aufgrund ihrer Herkunft (wohlhabendes Elternhaus) ohnehin berufen waren, sich eine höhere Schulbildung anzueignen, den Besuch des Gymnasiums aber aus irgendwelchen Gründen haben abbrechen müssen. (Am Abendgymnasium 2 in Frankfurt-Griesheim betrug im Schuljahr 1978/79 der Anteil der Studierenden mit gymnasialer Vorbildung 32%). Ihnen dient der zweite Bildungsweg nur dazu, ihre beinahe versäumten Privilegien nachzuholen.

Allem Gerede von "Chancengleichheit" zum Trotz, ist der Anteil der Arbeiterkinder, die über den zweiten Bildungsweg an die Hochschulen gelangen, verschwindend gering: er beträgt 0,25%! Zwar beträgt ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schüler der Einrichtungen des zweiten Bildungswegs 17%, doch die meisten scheitern in den ersten Semestern (beim Abendgymnasium). Oder sie scheitern an der Zulassungsprüfung des Kollegs, weil sie oft "nur" einen Hauptschulabschluß vorweisen können und damit gegenüber Realschülern und Gymnasiasten eindeutig benachteiligt sind. Die Zweiteilung unseres Bildungssystems geht auf Rousseau zurück. Sie wurde später durch die Hubmoldt'sche Schulreform gefestigt und "begründet". "Zweiteilung" bedeutet die künstliche Spaltung in Haupt- und Berufsschule einerseits und Realschule und Gmynasium andererseits.

Obwohl die Voraussetzung zur Zulassung zum zweiten Bildungsweg eindeutig auf die Berufstätigkeit gegründet ist (z.B. abgeschlossene Berufsausbildung, fünfjährige Berufstätigkeit), ist der Unterricht selbst nicht so gestaltet, daß Berufserfahrungen mit einfließen könnten! Die "Macher" des zweiten Bildungswegs (Vertreter der Wirtschaft, keine Gewerkschafter!) waren sich vor vornherein einig, daß nur die "Besten' eine reale Chance erhalten sollen. Das sind solche, wie Karrieremacher, Ellenbogenbenutzer, welche die "Schwachen", meist Hauptschüler nur als Ballast ansehen.

Die BRD hat es in den letzten 25 Jahren geschafft, ganzen 5-6% Arbeiterkindern ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Dies zeigt, daß es sich bei dem Begriff "Chancengleichheit" lediglich um eine Vernebelung des Klassencharakters "unseres" Bildungssystems handelt. Schon Wilhelm Liebknecht kritisierte 1872 vor dem Dresdener Bildungsverein die Schulverhältnisse Deutschlands aus der Sicht der Arbeiterklasse. Er warf der herrschenden Klasse vor, daß sie den Volksmassen bewußt Bildung vorenthalte. Auch heute hätte er Recht mit seiner Behauptung!

Der Wohlstand der BRD beruht allein auf der Arbeitsleistung der Arbeiterklasse. Sie muß somit das Recht haben, über die Verteilung des Reichtums zu bestimmen, vor allem auf dem Bildungs- und Weiterbildungssektor. Bildung darf kein Instrument der Herrschenden bleiben, um ihre Privilegien zu stabilisieren. Sozialisten in der SPD und in der Gewerkschaft haben hier ihre große Aufgabe!

Weiter oben erwähnte ich schon, daß der Bedarf an Führungskräften mittlerweile gesättigt ist. Auch zeigten sich manche Arbeiterkinder als äußerst brisant für die herrschende Klasse. Es ist klar, daß sich die herrschende Klasse ordneten) jetzt der "Kader"-Schulen des zweiten Bildungswegs entledigen will bzw. nur noch solchen ein Abitur ermöglichen will, denen es aufgrund ihrer Herkunft ohnehin zustände.

Ein Zeichen für den Beginn des Abbaus war die Reduzierung der Werbung für den zweiten Bildungsweg, heute fehlt diese Werbung total. Ein anderes Merkmal ist die Steigerung der Leistungsanforderungen. Bestanden bisher nur 20% derjenigen, die ein Studium am Abendgymnasium begannen, auch wirklich das Abitur, so ist dieser Prozentsatz durch eine immense Ausweitung des zu lernenden Stoffes trotz steigender Schülerzahlen weiter gesunken. Besser sieht es bei den Kollegs aus, etwa 80% schaffen das Abitur. Jedoch wird hier schon vorab mit schwierigen Aufnahmeprüfungen ein großer Teil der Bewerber abgewiesen.

Mit allen Mitteln wird versucht, den zweiten Bildungsweg zur lästigen Alternative zu machen (man überlegt sich zweimal, ob man ein Abendgymnasium besucht oder lieber auf das Abitur verzichtet und in seinem gehaßten Beruf ausharrt). Die Reform der gymnasialen Oberstufe soll nun auch im zweiten Bildungsweg eingeführt werden (sogenanntes "Kultusministerkonferenz-Modell"). Gesteigerter Leistungsdruck und vor allem die Vereinzelung der Schüler im Kurssystem werden die Folge sein. Wird schon durch die Auswahl der Räumlichkeiten (Das Abendgymnasium 2 in Frankfurt ist auf fünf Stockwerke eines Hochhauses verteilt) Kommunikation zwischen den Schülern nahezu unmöglich gemacht, versucht man jetzt auch noch durch das Kurssystem die Schüler gänzlich zu Einzelkämpfern zu machen.

Doch all dies schreckte die Interessenten des zweiten Bildungswegs nicht ab. Selbst mitunter jahrelange Wartezeiten werden in Kauf genommen. Hilft alles nichts, muß sich die herrschende Klasse eben rigoroser durchsetzen. Sie geht jetzt daran, Einrichtungen des zweiten Bildungswegs aus Gründen der Unrentabilität oder aus sonstigen fadenscheinigen Gründen kurzerhand zu schließen - das Kolleg in Koblenz soll in den kommenden Jahren dicht gemacht werden, das Abendgymnasium in Frankfurt hat in seiner alten Form bereits aufgehört zu existieren.

Wir, Sozialisten in der SPD, müssen uns in der Partei und in der Gewerkschaft gegen den Abbau des zweiten Bildungswegs aussprechen und uns dafür einsetzen, daß durch den zweiten Bildungsweg, wenn es dann nicht anders geht, mehr Arbeiter zum Hochschulstudium gelangen.

Unser Ziel, der demokratische Sozialismus, kann nur mit Hilfe einer aus der Arbeiterschaft hervoergegangenen Intelligenz erreicht werden!

DIETER KALHÖFER
SPD-/ÖTV-MITGLIED
FRANKFURT

Spendet für Gewerkschaften in Sri Lanka!

Gewerkschaften in Sri Lanka werden von der Regierung massiv angegriffen. Sie sollen zerschlagen werden. VORAN veröffentlichte in der letzten Ausgabe nähere Informationen. Den Führern der "United Federation of Labour" (UFL) wird gegenwärtig der Prozeß gemacht; dabei drohen ihnen Gefängnisstrafen von bis zu 20 Jahren. Spenden werden also nach wie vor dringend benötigt! 30 DM reichen bereits, um die Familie eines verhafteten Gewerkschafters einen Monat lang über Wasser zu halten. Inzwischen wurde ein Konto eingerichtet, auf welches Spenden überwiesen werden können:

Kurt Pfeifle, PschA Essen,
3368 20-433

Fast 1.000 DM gingen bereits ein und wurden unverzüglich weitergeleitet. Mehr wird bitter benötigt! Nähere Informationen bei dem deutschen Beauftragten der UFL: Kurt Pfeifle (c/o Fellner, Kippdorfstr. 57, 5630 Remscheid.

LOHNRUNDE '81

Fortsetzung von S. 1

Für 1981 ist eine Preissteigerungsrate von ca. 5,5% zu erwarten. Desweiteren sind für 1981 Erhöhungen in allen drei Sparten der Sozialversicherung zu erwarten, wobei die Steigerung der Rentenversicherung mit 0,5% und die der Krankenversicherung mit ebenfalls ca. 0,5% schon sicher sind. Bei der Arbeitslosenversicherung ist mit einer Erhöhung der Beiträge in gleicher Höhe zu rechnen.

Wenn wir von all diesen Erhöhungen, der allgemeinen Inflationsrate, der Steuerprogression und der Tatsache ausgehen, daß in der Tarifrunde ja nur der tarifliche Ecklohn zur Erhöhung ansteht, dann können wir leicht ausrechnen, daß nicht einmal 10 Prozent ausreichen würden, um die Kaufkraftverluste der letzten Jahre auszugleichen.

Vor diesem Hintergrund sind die Angebote von Gesamtmetall purer Hohn. Diese Herren schämen sich nicht einmal, die 1981 durch den Manteltarifvertrag fällig werdende 0,3%ige Urlaubsgelderhöhungmit anzurechnen. Bei einem Facharbeiterecklohn von 9,75 DM macht dies 3 Pfennige aus!

Dem Angebot der Arbeitgeber stehen die Forderungen der IG Metall mit 8%, jedoch mindestens 107 DM Lohnerhöhung gegenüber. Selbst diese Forderung ist, wie wir bei der Beurteilung der Situation gesehen haben, eine Minimalforderung für 1981! Die Forderung nachmehr Lohn ist im Vorfeld der Tarifverhandlungen unter den Kollegen aktiv diskutiert worden. Doch die Forderungen gehen dieses Jahr neben dem quantitativen Bereich auch in den qualitativen.

Es wurden Forderungen aufgestellt, die in dieser Form schon lange nötig gewesen wären: Abschaffung der Lohngruppe 2 und eine Vorweg-Anhebung für die unteren Lohngruppen.

Zwischen den Angeboten der Arbeitgeber und den Forderungen der IG Metall klafft diesmal ein riesiger Abgrund. Es darf nicht die Aufgabe der Gewerkschaft sein, eine Brücke zu bauen, sondern es muß ganz klar das Ziel sein, die Mindestforderungen durchzusetzen und somit mindestens ein weiteres Absinken des Lebensstandards zu verhindern. Deshalb ist es wichtig, sich auf eine harte Tarifrunde einzurichten. Es wird der Gewerkschaft keine andere Wahl bleiben. Kollege Janßen (IG Metall-Vorstand) formuliert, "notfalls mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln das von Gesamtmetall beabsichtigte Lohndiktat von maximal 3% zu durchbrechen." (FAZ, 17.12.80)

Diese kämpferische Haltung müssen wir bewahren, denn es ist nicht zu erwarten, daß die Unternehmer in diesem Jahr größere Zugeständnisse gegenüber der IG Metall machen werden. Andererseits fordern die Kollegen auch ganz klar eine konkrete Position der Gewerkschaft in Richtung Reallohnerhöhung. Wenn die IG Metall-Führung ähnliche Protestaustritte unzufriedener Mitglieder wie nach dem Stahlstreik 1979 verhindern will, muß sie bei dieser Tarifrunde offensiv für die Forderungen ihrer Mitglieder nach mehr Lohn eintreten.

BERND NEUBACHER
SPD-MITGLIED

BUNDESREGIERUNG

Fortsetzung von Seite 1

Es sollte den Gemeinden mehr Bewegungsspielraum bei der Planung geben und die Bodenspekulation eindämmen. Durch die unter der jetzigen Regierung geplanten Kürzungen der Mischfinanzierungen, Regionalförderung und Streichung der Lohnsummensteuer treiben viele Gemeinden in Richtung Bankrott! Der Bewegungsspielraum ist so gut wie nicht mehr vorhanden. Die Bodenspekulation wurde nicht eingedämmt. Im Gegenteil! Angesichts der schlechten Wohnungsmarktlage sprießen die Maklerbüros wie Pilze aus dem Boden. Wie soll das Gesetz zum Schutz gegen Mietwucher wirken, wenn viele Mieter bereit sind, "freiwillig" eine höhere Miete zu bezahlen, um in ihrer Wohnung bleiben zu können? Welche Familie findet schließlich heute noch eine neue angemessene Wohnung? Wie soll das Gesetz zum Schutz des Mieters vor ungerechtfertigter Kündigung wirkungsvoll eingesetzt werden, wenn in Kürze im Sozialwohnungsbau die von der Regierung verordneten "marktwirtschaftlichen Elemente" Einzug halten sollen? Ob dann wohl die Ansprüche der Mieter mehr Gewicht haben als die "betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten", die eine Wohnungsbaugesellschaft anführt, um beispielsweise Sozialwohnungen in lukrative Privatwohnungen umzuwandeln? Welchen Nutzen haben Arbeitnehmer wohl zukünftig vom Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom Dezember 1974, wenn die Betriebe zunehmend rationalisieren, die Bemessungsgrundlage "Betriebszugehörigkeit" dadurch oftmals verkürzen und viele wegrationalisierte Arbeiter mit nichts auf der Straße stehen.

Wenn eines in der Regierungserklärung zum Ausdruck kommt, dann dies: eine Politik, die Reformen als Endziel begreift und die kapitalistische Wirtschafts- und Sozialordnung nicht grundlegend umwandelt, obwohl diese letztendlich über den Erfolg der Reformpolitk entscheidet, ist kurzlebig und zum Scheitern verurteilt!

Im Interessenskonflikt zwischen der Notwendigkeit, den Lebensstandard der Bevölkerung gegen die Angriffe der Unternehmer zu verteidigen oder durch Kürzungspolitik das Überleben des kapitalistischen Systems zu garantieren, bezieht die Regierung Position für die Unternehmer - dies wird dadurch verdeckt, daß man unter Zuhilfenahme der noch möglichen Staatsverschuldung nicht dazu gezwungen war, soziale Errungenschaften radikal anzugreifen.

Mit dieser Kürzungspolitik werden die Probleme Arbeitslosigkeit und Inflation nicht gelöst. Wie viele Arbeiter werden wohl bei den Bundestagswahlen 1984 aus Protest gegen diesen Regierungskurs zu Hause bleiben? Wie viele werden die SPD für die katastrophale Entwicklung verantwortlich machen? Ist es gar möglich, daß aus dieser Stimmung heraus 1984 eine CDU/CSU-Regierung an die Macht kommt? Ebnet Helmut Schmidt mit seiner Politik den Weg für Franz-Josef Strauß?

Wir brauchen "Mut zur Erneuerung", so heißt es in der Regierungserklärung. Wir, Sozialisten in der SPD, sind auch für Erneuerung... auf sozialistischer Grundlage! Nur wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben wird, werden Reformen langfristig Bestand haben. Nur mit dieser Zielrichtung kann verhindert werden, daß die SPD für eine Krise verantwortlich gemacht wird, die nicht sie, sondern das kapitalistische System hervorgebracht hat!

INGOLF BECKER

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe 7 DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfinger, PschA Essen 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr._____ erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Voran" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75